

# Materialien

für die 2. Tagung  
des 6. Stadtparteitages

## Heft 1

- Formalia -
- Entwurf Kommunalwahlprogramm 2019 -
- Anträge -

am 17. November 2018  
im Veranstaltungsgebäude der LVB,  
Angerbrücke, Jahn-Allee 56

## Inhaltsverzeichnis

3	Tagesordnung
4	Zeitplan
5	Geschäftsordnung
7	Wahlordnung
9	Die Stadt gehört allen! - Entwurf Kommunalwahlprogramm
42	Die Stadt gehört allen! - Entwurf Wahlstrategie
46	Finanzplan 2019
47	Anträge
47	A 1: Jahresauftakt 2019
48	A 2: Planungsauftrag für das Liebknecht-Haus im Jahr 2019
49	A 3: Workshop-Formate gegen rechte Parolen
50	A 4: Verhältnis von DIE LINKE. Leipzig zur linken Sammlungsbewegung „Aufstehen“
51	A 5: Protest gegen Blockade
52	Impressum

## 1 **Vorläufige Tagesordnung**

- 2 1. Eröffnung und Begrüßung
- 3 2. Konstituierung der 2. Tagung des 6. Stadtparteitages (Tagesordnung, Zeitplan)
- 4 3. Referat des Vorsitzenden, ggf. Grußworte
- 5 4. Einbringung des Entwurfs des Kommunalwahlprogramms
- 6 5. Diskussion
- 7 6. Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 8 7. Vorstellung und Wahlen der Delegierten zum Landesparteitag 2019/2020
- 9 8. ggf. Anträge die satzungsrelevant sind
- 10 9. Einbringung und Beschluss des Finanzplan 2019
- 11 10. Vorstellung und Wahlen der VertreterInnen zum Landesrat 2019/2020
- 12 11. Anträge
- 13 12. Schlusswort

## 1 **Vorläufiger Zeitplan**

- |    |           |   |
|----|-----------|---|
| 2  | 9:30 Uhr  | Eröffnung und Begrüßung   |
| 3  | 9:40 Uhr  | Konstituierung der 2.Tagung des 6. Stadtparteitages (Tagesordnung, Zeitplan)      |
| 4  | 9:50 Uhr  | Referat des Vorsitzenden, ggf. Grußworte  |
| 5  | 10:25 Uhr | Einbringung des Entwurfs des Kommunalwahlprogramms                                |
| 6  | 10:55 Uhr | Diskussion  |
| 7  | 12:30 Uhr | Mittagspause  |
| 8  | 13:15 Uhr | weitere Diskussion  |
| 9  | 14:15 Uhr | Bericht der Mandatsprüfungskommission   |
| 10 | 14:20 Uhr | Vorstellung und Wahlen der Delegierten zum Landesparteitag (Jugendliste weiblich) |
| 11 | 14:35 Uhr | Vorstellung und Wahlen der Delegierten zum Landesparteitag (Jugendliste gemischt) |
| 12 | 14:50 Uhr | Vorstellung und Wahlen der Delegierten zum Landesparteitag (Frauenliste)          |
| 13 | 15:35 Uhr | Vorstellung und Wahlen der Delegierten zum Landesparteitag (gemischte Liste)      |
| 14 | 16:25 Uhr | ggf. satzungsrelevante Beschlüsse   |
| 15 | 16:35 Uhr | Einbringung und Beschluss des Finanzplan 2019                                     |
| 16 | 16:50 Uhr | Vorstellung und Wahlen der VertreterInnen zum Landesrat 2019/2020                 |
| 17 | 17:15 Uhr | Anträge   |
| 18 | 17:55 Uhr | Schlusswort   |

# 1 Geschäftsordnung

- 2 1. Der Stadtparteitag wählt in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit eine Tagungsleitung.  
3 Sie besteht aus mindestens sechs und maximal zehn Delegierten und ist quotiert zu wählen.  
4 Sie ist für die Einhaltung der Geschäftsordnung verantwortlich und bestimmt aus ihrer Mitte  
5 die Versammlungsleiter\*innen. Mindestens zur Hälfte der Zeit wird der Parteitag von einer  
6 Genossin geleitet.
- 7 2. Die Mandatsprüfungs-, Antrags- und Wahlkommission werden in offener Abstimmung mit  
8 einfacher Mehrheit gewählt.
- 9 3. Die Mandatsprüfungskommission entscheidet über die Gültigkeit von Delegierungen. Wird in  
10 Ortsverbänden/Zusammenschlüssen die Mindestquotierung von 50 % Frauen nicht  
11 eingehalten, bleiben die den Frauen vorbehaltenen Mandate unbesetzt. Liegt der Frauenanteil  
12 bei weniger als 25 Prozent, können Ausnahmen anerkannt werden, wenn ein Beschluss des  
13 Ortsverbandes dazu vorliegt. Der Frauenanteil darf bei einer solchen Ausnahme gemäß  
14 § 10 Abs. 4 der Bundessatzung jedoch nicht unter dem Frauenanteil des Ortsverbandes zum  
15 31. Dezember des Vorjahres liegen.
- 16 4. Die Mandatsprüfungskommission berichtet über die Beschlussfähigkeit des Parteitages. Sie  
17 ist gegeben, wenn mindestens 50 % der Delegierten Frauen und mehr als 50 % der  
18 Delegierten anwesend sind. Basis für die Feststellung der Anwesenheit sind die Anmelde Listen  
19 der Mandatsprüfungskommission.
- 20 5. Die Wahlkommission besteht aus einer/einem Vorsitzenden, einer/einem Stellvertreter\*in  
21 sowie mindestens fünf weiteren Mitgliedern. Zur ordnungsgemäßen Wahldurchführung kann  
22 sie Helfer\*innen, die selbst nicht zur Wahl stehen, heranziehen. Mitglieder der  
23 Wahlkommission, die selbst kandidieren, scheidern aus der Wahlkommission aus. Wird in  
24 diesem Fall die Mindestzahl von sieben Mitgliedern der Wahlkommission unterschritten, ist  
25 umgehend durch den Stadtparteitag nachzuwählen.
- 26 6. Die Antragskommission ist für die redaktionelle Überarbeitung von Anträgen zuständig und  
27 schlägt dem Stadtparteitag Verfahrensweisen zum Umgang mit Anträgen vor.
- 28 7. Der Ablauf des Stadtparteitages wird nach der beschlossenen Tagesordnung und dem  
29 Zeitplan geregelt. Eine Veränderung der Tagesordnung und des Zeitplanes während des  
30 Stadtparteitages bedarf der Zustimmung von 2/3 der anwesenden Delegierten. Einen Antrag  
31 auf Abschluss der Debatte können nur Delegierte stellen, die zu diesem Tagesordnungspunkt  
32 noch nicht gesprochen haben. Vor dieser Abstimmung wird die Redner\*innenliste bekannt  
33 gegeben.
- 34 8. Delegierte haben Beschluss- und Rederecht. Teilnehmende Mitglieder der Fraktion DIE LINKE  
35 im Deutschen Bundestag, im Sächsischen Landtag, im Leipziger Stadtrat sowie Mitglieder der  
36 Partei DIE LINKE. Leipzig haben Rederecht.
- 37 9. Die Tagungsleitung erteilt das Wort in der Reihenfolge der schriftlich einzureichenden  
38 Wortmeldungen und unter Berücksichtigung der Quotierung. Sie kann auch Gästen das Wort  
39 erteilen. Die Redezeit für jeden Diskussionsbeitrag beträgt fünf Minuten. Wird eine

- 40 Verlängerung der Redezeit gewünscht, entscheidet darüber der Stadtparteitag mit einfacher  
41 Mehrheit. Innerhalb einer Debatte kann niemand mehr als zweimal das Wort erhalten.
- 42 10. Dringlichkeits- oder Initiativanträge können unmittelbar zum Stadtparteitag eingebracht  
43 werden. Dringlichkeitsanträge sind Anträge, deren Gegenstand sich erst nach dem  
44 beschlossenen Antragsschluss des Stadtparteitages ergeben hat. Die Dringlichkeit ist zu  
45 begründen. Initiativanträge sind Anträge, die sich unmittelbar aus dem Verlauf des  
46 Stadtparteitages ergeben. Sie bedürfen der schriftlichen Unterstützung von 15 Delegierten.  
47 Zur Begründung des Antrages erhalten die Antragsteller\*innen das Wort. Die Redezeit beträgt  
48 drei Minuten. Vor der Abstimmung über einen Antrag kann ein/e Redner\*in dagegen und  
49 eine/r dafür sprechen. Die Redezeit beträgt zwei Minuten. Über den Antrag entscheidet der  
50 Stadtparteitag mit einfacher Mehrheit. Delegierte können nach einer Abstimmung oder einer  
51 Wahl persönliche Erklärungen abgeben. Die Redezeit dafür beträgt eine Minute. Bei Anträgen  
52 auf eine begrenzte Debatte sind Inhalt und Zeitumfang vorzuschlagen.
- 53 11. Anträge zur Geschäftsordnung können durch Delegierte mündlich gestellt werden. Das Wort  
54 dazu wird außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/innen erteilt. Vor der  
55 Abstimmung besteht die Möglichkeit zunächst einer Gegen- und anschließend einer Fürrede.  
56 Ein weiterer Geschäftsordnungsantrag ist erst nach Abschluss der Behandlung des  
57 ursprünglichen Geschäftsordnungsantrages zulässig.
- 58 12. Beschlüsse werden, sofern nichts anderes vorgeschrieben, mit einfacher Mehrheit der  
59 anwesenden Delegierten gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die  
60 Abstimmung erfolgt durch das Heben der Delegiertenkarte. Auf Antrag muss eine  
61 Abstimmung ausgezählt werden.
- 62 13. Nach Referaten, Berichten und Diskussionsbeiträgen können bis zu drei Nachfragen zu je  
63 einer Minute gestellt werden. Jede Nachfrage darf mit einer Redezeit von zwei Minuten  
64 beantwortet werden.
- 65 14. Das Ergebnisprotokoll des Stadtparteitages ist den Delegierten spätestens drei Wochen nach  
66 der Tagung zu übermitteln und den Mitgliedern des Stadtverbandes in geeigneter Weise  
67 zugänglich zu machen.

# 1 Wahlordnung

- 2 1. In geheimer Wahl werden gewählt:
  - 3 • die/der Vorsitzende des Stadtverbandes
  - 4 • die zwei Stellvertreter\*innen der/des Vorsitzenden
  - 5 • die/der Schatzmeister\*in
  - 6 • die weiteren Mitglieder des Stadtvorstandes
  - 7 • die Mitglieder der Finanzrevisionskommission
  - 8 • die Delegierten zum Landes- und Bundesparteitag
  - 9 • die Vertreter\*innen für den Landesrat
- 10 2. Wahlberechtigt sind die Delegierten zum 6. Stadtparteitag der Partei DIE LINKE. Leipzig.
- 11 3. Die Aufstellung der Kandidierendenliste erfolgt durch die Tagungsleitung. Alle Delegierten  
12 haben das Recht, sich selbst oder andere teilnehmende Mitglieder des Stadtverbandes  
13 Leipzig der Partei DIE LINKE für die Kandidatur vorzuschlagen. Über den Abschluss von  
14 Kandidierendenlisten entscheidet nach Antrag der Tagungsleitung die Versammlung mit  
15 einfacher Mehrheit.
- 16 4. Die Delegierten haben das Recht, Fragen an die Kandidierenden zu stellen, die  
17 Kandidierendenvorschläge zu unterstützen oder Einwände zu erheben.
- 18 5. Können Kandidierende nicht selbst anwesend sein, muss ihre Bewerbung schriftlich  
19 vorliegen. In diesem Fall können Fragen durch eine Person des Vertrauens beantwortet  
20 werden. Jede Nachfrage darf mit einer Redezeit von zwei Minuten beantwortet werden.
- 21 6. Über die parallele Durchführung von Wahlgängen zu unterschiedlichen Parteiämtern und  
22 Mandaten entscheidet die Versammlung auf Vorschlag der Wahlleiterin bzw. des Wahlleiters.
- 23 7. Zur Realisierung der Geschlechterquotierung ist zunächst ein erster Wahlgang ausschließlich  
24 für Kandidatinnen durchzuführen. In einem zweiten allgemeinen Wahlgang, der für alle  
25 Kandidierenden offen ist, werden dann die restlichen Mandate vergeben. Als gewählt gelten  
26 die Kandidierenden mit den meisten Stimmen.
- 27 8. Zur Wahl von Ersatzdelegierten finden keine gesonderten Wahlgänge statt. Als Ersatz-  
28 delegierte sind alle weiteren Bewerber/innen in der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl gewählt.  
29 Die Position als Nachrückerin auf der Frauenliste berührt nicht das Recht auf der  
30 gemischten Liste anzutreten.
- 31 9. Bei Stimmgleichheit ist eine Stichwahl notwendig, wenn es um den jeweils letzten zu  
32 vergebenden Platz geht.

- 33 10. Für die Wahl zum Stadtvorstand gilt eine Jugendquote, welche zwei Mitglieder umfasst. Für  
34 die Delegiertenwahlen für Landes- und Bundesparteitag gilt eine Jugendquote von 20 %.  
35 Jugendliche in diesem Sinne sind Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet  
36 haben. Innerhalb dieser Jugendquote muss die Geschlechterquotierung eingehalten werden.
- 37 11. Die Delegierten verfügen bei jeder Wahl über so viele Stimmen, wie zu vergebende Plätze  
38 vorhanden sind. Es müssen nicht alle Stimmen ausgeschöpft werden.
- 39 12. Bei der Wahl der/des Vorsitzenden gilt die/derjenige als gewählt, die/der mehr als 50  
40 Prozent der Stimmen der anwesenden Delegierten erhält. Sollte im ersten Wahlgang  
41 niemand die absolute Mehrheit erhalten, gehen die beiden bestplatzierten Kandidat\*innen  
42 in einen zweiten Wahlgang. Gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen erhält. Bei  
43 Stimmengleichheit finden weitere Wahlgänge statt. Die Wahl der Stellvertreter\*innen und  
44 des/der Schatzmeister\*in erfolgt nach dem gleichen Verfahren.
- 45 13. Die Wahl wird durch die vom Stadtparteitag gewählte Wahlkommission geleitet. Über jede  
46 durchgeführte Wahl fertigt die Wahlkommission ein Protokoll an. Wahlleiter/Wahlleiterin,  
47 zwei Mitglieder der Wahlkommission und einem Vertreter der Versammlungsleitung  
48 unterzeichnen es. Die Wahlergebnisse sind in geeigneter Form zu veröffentlichen.



# Die Stadt gehört allen!

## Programmwurf der Partei DIE LINKE. Leipzig für die Kommunalwahl 2019

Stand vom 3. Oktober 2018

Einreicher: Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig

### Präambel

Liebe Leipzigerinnen, liebe Leipziger,<sup>1</sup>

am 26. Mai 2019 finden die Wahlen zum Leipziger Stadtrat und zu den Ortschaftsräten statt. Sie haben damit erneut die Chance, darüber zu entscheiden, wie sich unsere Stadt in den nächsten Jahren entwickelt. DIE LINKE ist eine alternative, bürgernahe Gestaltungspartei mit Ratsmitgliedern, die aus der Mitte der Stadtgesellschaft kommen und die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger genau kennen. Mit diesem Anspruch laden wir Sie herzlich ein, das vorliegende Wahlprogramm kritisch zu prüfen und mit uns gemeinsam die Zukunft Leipzigs zu gestalten. Unsere Vorstellungen für eine soziale und solidarische Stadt im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gründen auf einem realistischen und finanzierbaren Konzept. Unsere humanistischen Werte sind soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, solidarisches Miteinander, Weltoffenheit und ökologische Nachhaltigkeit. Auf dieser Grundlage unterbreitet DIE LINKE ein in sich geschlossenes, in die Zukunft weisendes Wahlprogramm, das die Herausforderungen, vor denen die Stadt Leipzig insgesamt steht, in den Blick nimmt und Lösungen anbietet.

Ihre Stimme für unsere Partei lohnt sich. Unsere Bilanz der jetzt zu Ende gehenden Wahlperiode von 2014-2019 kann sich sehen lassen: mit mehr als 130 Anträgen und nahezu 300 Anfragen ist die Linksfraktion die aktivste im Leipziger Stadtrat. Mit vielfältigen Initiativen haben wir uns für eine soziale, demokratische, kulturelle und nachhaltige Entwicklung Leipzigs stark gemacht. Im Zusammenwirken mit unseren beiden Bürgermeisterinnen konnten wir viele Vorhaben erfolgreich umsetzen, wie z. B. die weitere Sanierung der Musikalischen Komödie, den Ausbau von Sportstätten und den Erhalt öffentlichen Eigentums. Wir haben uns erfolgreich für den Stopp des Verkaufs kommunaler Liegenschaften zur Haushaltsanierung eingesetzt. Ohne uns würde es weder eine Gästetaxe als sozial verträgliche Einnahmequelle für die Stadt noch zusätzlich 100 Millionen Euro für Schulbau geben. Zu unseren wichtigen in der zu Ende gehenden Wahlperiode energisch verfochtenen Anliegen zählte der Bürgerentscheid zum Einheits- und Freiheitsdenkmal, die Abwendung der jährlichen Tarifierhöhungen im öffentlichen Nachverkehr oder die rechtliche Gleichstellung der Stadtbezirksbeiräte gegenüber den Ortschaftsräten. Leider gelang es nicht, im Stadtrat dafür fraktionsübergreifend die erforderlichen politischen Mehrheiten zu mobilisieren. In der nächsten Wahlperiode bleibt für eine starke LINKE viel zu tun, denn die oft geäußerte Feststellung, Leipzig sei eine wachsende Stadt, appelliert an ein Lebensgefühl, ist aber noch kein politisches Konzept. Das rasante Wachstum Leipzigs bringt nämlich auch gravierende Probleme mit sich, insbesondere beim Ausbau der sozialen und kommunalen Infrastruktur wie Kita, Öffentlicher

<sup>1</sup> Auch wenn wir im Text von „Leipzigerinnen und Leipzigern“ oder „Erzieherinnen und Erziehern“ usw. schreiben, erkennen wir selbstverständlich alle anderen Geschlechter, die sich nicht in das vorherrschende gesellschaftliche Modell der zwei Geschlechter „Frau“ und „Mann“ einordnen, an. Im Sinne der besseren Lesbarkeit im Wahlprogramm haben wir uns für die obige Schreibweise entschieden.

37 Personennahverkehr (ÖPNV), Schulen, Straßenerhaltung, Verwaltung, Wohnungen usw. Parallel  
38 steht Leipzig vor gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen wie der Integration von Geflüchteten,  
39 den auch 30 Jahre nach der Wende spürbaren Unterschieden zwischen Ost und West, der  
40 zunehmenden Aushöhlung der Demokratie oder der fortschreitenden Digitalisierung. Auch in  
41 Leipzig spüren viele Menschen, die Verhältnisse im neoliberalen Kapitalismus werden rauer.  
42 Ohnmachtsgefühle und Ratlosigkeit auf der einen, Wut und Aggressionen auf der anderen Seite,  
43 nehmen in Teilen der Stadtgesellschaft zu. Dieser Stimmungswandel wird von völkisch-autoritären  
44 Kräften aufgegriffen und instrumentalisiert, ein politischer Rechtsruck ist die Folge. Damit steht DIE  
45 LINKE als antifaschistische Partei, die allen Formen von Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit,  
46 Demokratieverachtung, Homophobie, Neonazismus und Rassismus konsequent entgegentritt, vor  
47 großen Herausforderungen.

48 Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre und dem damit verbundenen Rückgang der  
49 Arbeitslosigkeit gewann Leipzig weit über die Landesgrenzen enorm an Attraktivität – nicht nur der  
50 Zuzug und der damit verbundene massive Bevölkerungsanstieg zeugen davon. Doch nicht alle  
51 haben in gleichem Maße von dieser positiven Entwicklung profitiert. Viele Menschen, darunter auch  
52 zahlreiche Alleinerziehende, leben nach wie vor unter prekären Bedingungen. Die Einkommen der  
53 meisten Leipzigerinnen und Leipziger hinken immer noch deutlich vergleichbaren Städten im  
54 Westen hinterher – neben Dortmund ist Leipzig weiterhin die bundesdeutsche Großstadt mit der  
55 höchsten Armutsquote (ca. 22 Prozent der Bevölkerung). Darüber hinaus arbeitet rund ein Drittel  
56 der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – davon ein Großteil Frauen – im Niedriglohnssektor.  
57 Kinderarmut und ansteigende Altersarmut sind bittere Realität in unserer Stadt.  
58 DIE LINKE kämpft energisch für eine angemessene Würdigung der Lebensleistung aller Menschen –  
59 nicht nur in Worten, sondern tatsächlich für jedermann erreichbar und überprüfbar. Die soziale  
60 Spaltung der Stadtgesellschaft und deren aktive Bekämpfung ist das zentrale Thema für uns. Hier  
61 setzt unsere Politik an. Dabei wissen wir, dass die finanzielle Basis Leipzigs begrenzt und weiterhin  
62 sehr stark von den Rahmenbedingungen in der EU, im Bund und im Land abhängig ist. Um eine  
63 zukunftsfähige Infrastruktur und die kommunale Daseinsvorsorge auch für die folgenden  
64 Generationen zu gewährleisten, sind daher sowohl Veränderungen dieser Finanzbeziehungen als  
65 auch der städtischen Haushaltspolitik notwendig. Insbesondere die einseitige Entschuldungspolitik  
66 durch die Rathauspitze muss aufgegeben und in der Investitionspolitik erheblich umgesteuert  
67 werden, um diese Ziele zu erreichen.

68 Dieses Kommunalwahlprogramm versteht sich nicht nur als Wahl-, sondern auch als  
69 Arbeitsprogramm der Fraktion DIE LINKE im neuen Stadtrat. Es orientiert sich an der sozialen  
70 Teilhabe und am weiteren Fortschritt der Lebensqualität für alle Leipzigerinnen und Leipziger. Es ist  
71 ebenso realistisch wie anspruchsvoll und wendet sich ausdrücklich auch an die Menschen, denen  
72 nach vielen unbefriedigenden Entwicklungen der letzten Jahre der Schwung eines lohnenden  
73 Engagements und der Mut zu herangereiften Veränderungen zurückgegeben werden soll. Denn die  
74 Stadt gehört allen!

## 76 **1. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit**

77 Linke Kommunalpolitik kann auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik wichtige Impulse geben  
78 und Weichen zum notwendigen Umsteuern stellen. Die wesentlichen politischen Entscheidungen  
79 fallen jedoch auf der Landes-, Bundes- und europapolitischen Ebene. Aber wir können den  
80 kommunalpolitischen Handlungsspielraum nutzen, um in unserer Stadt andere politische  
81 Entscheidungen zu treffen.

82 Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, der Kampf um eine andere Verteilung des  
83 gesellschaftlichen Reichtums, um gute Arbeitsbedingungen, armutsfeste Löhne und Renten wird vor  
84 allem durch die Erwerbstätigen selbst und ihre Gewerkschaften vorangetrieben.

85 Trotz des deutlichen Rückgangs bei den offiziellen Arbeitslosenzahlen in Leipzig beeinträchtigen  
86 Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und unfreiwillige Teilzeitarbeit die Einkommenssituation,  
87 die materielle Absicherung und Lebensplanung der Betroffenen. Und dies schwächt auch die  
88 Kaufkraft und das Steueraufkommen.

### 89 **1.1. Gute Arbeit – gute Löhne, qualifizierte und zukunftsfähige Ausbildung, prekäre** 90 **Beschäftigung zurückdrängen**

91 Um unsichere Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen und die Beschäftigung im Niedriglohnsektor zu  
92 reduzieren, kommt der Stadt Leipzig und ihren Eigenbetrieben und Unternehmen eine besondere  
93 Rolle zu. Zum einen für die dort Beschäftigten, zum anderen als wichtiger Auftraggeber im  
94 regionalen Wirtschaftskreislauf kann sie direkt für diese Ziele tätig werden bzw. mittelbar deren  
95 Durchsetzung zu einem Kriterium machen.

96 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 97 • die strikte Einhaltung geltender Tarifverträge für alle Betriebe und Beteiligungen der Stadt,  
98 auch bei „Tochter“- und „Enkel“-Unternehmen
- 99 • eine Tarifbindung, wo sie noch nicht existiert
- 100 • die Ersetzung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen ohne Sachgrund durch  
101 reguläre Arbeitsverhältnisse; Teilzeitbeschäftigten ist die Rückkehr in  
102 Vollzeitverhältnisse zu ermöglichen
- 103 • den Erhalt und Ausbau der Ausbildungsplätze bei der Stadt, ihren Eigenbetrieben und den  
104 kommunalen Gesellschaften
- 105 • die Bildung eines Ausbildungsverbunds der Stadt, der kommunalen Eigenbetriebe und  
106 Gesellschaften für die Ausbildung in Kammerberufen
- 107 • die Förderung der Zusammenarbeit mit kleinen Unternehmen in der Stadt in der  
108 Berufsausbildung
- 109 • Chancengleichheit bei der Vergabe von geeigneten Ausbildungsplätzen für Abgänger aller  
110 Schulformen
- 111 • die Entwicklung eines Leipziger Gütesiegels „Faire Arbeit – faire Ausbildung“ mit den  
112 Kammern und Gewerkschaften
- 113 • die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit  
114 sozialversicherungspflichtigen und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen, unter  
115 Einbeziehung des Kommunalen Eigenbetriebs Engelsdorf
- 116 • die konsequente Nutzung von Mitteln aus dem Programm „JobPerspektive Sachsen“ für die  
117 Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt

- 118 • die Entsendung von Mitgliedern des Stadtrats in die Trägerversammlung des Jobcenters zur
- 119 stärkeren Einbindung in die Verantwortung für dieses Politikfeld
- 120 • die Einhaltung aller Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bei
- 121 öffentlichen Aufträgen
- 122 • die Berücksichtigung sämtlicher Kosten während der kompletten Nutzungsdauer des
- 123 Produkts oder Dienstleistungen und die Verpflichtung der Bieterinnen und Bieter,
- 124 anerkannte Umwelt-Gütezeichen vorzulegen.

## 125 **1.2. Wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren und für alle nutzen**

126 Wir wollen, dass die Ergebnisse wirtschaftlicher Tätigkeit dazu dienen, die Teilhabe aller am  
 127 gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und der Stadt die notwendigen Einnahmen für die  
 128 Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Dazu soll die eigene Wirtschaftskraft gestärkt  
 129 werden. Zu ihrer Zukunftsfähigkeit gehören qualifizierte Bildung, Ausbildung und Weiterbildung und  
 130 eine leistungsfähige Daseinsvorsorge ebenso wie die öffentliche Infrastruktur und Verwaltung.

131 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 132 • die Entwicklung der Kooperation vor allem in der Region Leipzig-Halle-Jena-Gera und die
- 133 Stärkung dieser Metropolregion Mitteldeutschland
- 134 • eine Vereinbarung mit allen Beteiligten in der Region über gemeinsame ökologische und
- 135 soziale Kriterien z. B. bei künftigen Neuansiedlungen
- 136 • die regelmäßige Überprüfung der bisher praktizierten Netzwerk-Strategie (Cluster),
- 137 insbesondere unter dem Aspekt, was sie zur Stärkung lokal und regional verankerter
- 138 Unternehmen und Betriebe beiträgt
- 139 • mehr Theorie-Praxis-Vereinbarungen in den Clustern Energie und Umwelttechnik,
- 140 Gesundheitswirtschaft und Medien- und Kreativwirtschaft sowie zwischen
- 141 wissenschaftlichen Einrichtungen und ortsansässigen Betrieben, insbesondere kommunalen
- 142 Unternehmen
- 143 • die Leipziger Stiftung für Innovation und Technologietransfer, gestiftet mit Erlösen aus dem
- 144 Verkauf kommunaler Beteiligungen, die stärker ökologische und soziale Nachhaltigkeit der
- 145 geförderten Projekte zum Vergabekriterium machen sollte
- 146 • die gezielte Förderung neuer Betriebe, auch auf genossenschaftlicher Grundlage, durch
- 147 Beratung und die Vergabe von Zuschüssen und Krediten
- 148 • die Förderung des regionalen Mittelstandes durch die Bildung von kleineren Losgrößen bei
- 149 Investitionen und Auftragsvergaben
- 150 • die Abwicklung öffentlicher Aufträge durch die Verwaltung; diese muss so organisiert
- 151 werden, dass kleinere Betriebe nicht in Liquiditätsengpässe geraten
- 152 • die Unterstützung von Betriebsübernahmen vor allem im Handwerk durch fachlich geeignete
- 153 Nachwuchskräfte; notwendige Nachqualifizierungen werden durch die Wirtschaftsförderung
- 154 in Zusammenarbeit mit den Kammern gefördert
- 155 • die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Förderung von
- 156 Unternehmensansiedlungen
- 157 • die ausschließlich friedliche Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle und ein generelles
- 158 Nachtflugverbot.

159 **1.3. Solide kommunale Unternehmen als Garanten zuverlässiger Infrastruktur und**  
 160 **Daseinsvorsorge**

161 Leistungsfähige kommunale Unternehmen sind Garanten einer zuverlässigen öffentlichen  
 162 Infrastruktur und der Daseinsvorsorge. Die in der kommunalen Management-Holding Leipziger  
 163 Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV) zusammengefassten drei Unternehmen Leipziger  
 164 Stadtwerke, Leipziger Verkehrsbetriebe und Leipziger Wasserwerke sowie die Leipziger  
 165 Wohnungsbaugesellschaft (LWB) und die Stadtreinigung Leipzig ermöglichen auch für die Zukunft  
 166 Versorgungssicherheit in den Bereichen Wohnen, Energie, Wasser, Abwasser, Abfallentsorgung und  
 167 Verkehr. Wir erwarten bei der Erfüllung dieser Aufgaben Ressourcenschonung durch Minimierung  
 168 von Rohstoff- und Energieeinsatz und die Verwendung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer  
 169 Energien.

170 Wir stehen deshalb weiterhin für den Erhalt und den Ausbau kommunalen Eigentums, der  
 171 öffentlichen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge.

172 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 173 • die Rekommunalisierung (teil)privatisierter Unternehmen und Einrichtungen, die für  
 174 die öffentliche Infrastruktur von Bedeutung sind, wie zum Beispiel Abfalllogistik Leipzig
- 175 • Investitionen in die Infrastruktur der Stadt in öffentlicher Hand; Öffentlich-Private  
 176 Partnerschaften lehnen wir ab.

177 **1.4. Zukunft finanzieren durch solides Haushalten**

178 Untrennbar verknüpft mit der wachsenden Großstadt sind die von der Verwaltung bisher nicht  
 179 bezifferbaren finanziellen Herausforderungen, darunter der Abbau des milliardenschweren  
 180 Investitionsstaus. Dieser umfasst allein bei den Stadt-, Wasser - und Verkehrsbetrieben ein  
 181 geschätztes Volumen von 3,6 Mrd. Euro bis 2030. Nicht nur darum wird Leipzig seine Finanzpolitik  
 182 entscheidend ändern müssen. Ein weiterer Grund: zwar stiegen in den letzten Jahren (2012-2016)  
 183 die Steuereinnahmen um ca. 185 Mio. Euro auf ca. 604 Mio. Euro, allerdings wuchsen die  
 184 Aufwendungen im Vergleichszeitraum mit 265 Mio. Euro erheblich schneller. Damit wird Leipzig  
 185 auch in Zukunft von steigenden finanziellen Transferleistungen abhängig bleiben.

186 Unverzichtbar sind deshalb radikale Änderungen in der Zuweisungspolitik des Freistaates Sachsen  
 187 an die Kommunen. Es ist z. B. nicht hinzunehmen, dass seit Jahren das Land die Fördermittel der  
 188 Europäischen Union für die Stadtentwicklung sowie die Bundeszuweisungen für den Nahverkehr  
 189 und für den Ausbau von Kindertagesstätten nur gekürzt an die Kommunen weiterreicht; in den  
 190 vergangenen Jahren wurden durchschnittlich weniger als 10 Prozent der Kitabauinvestitionen durch  
 191 Fördermittel abgedeckt. Leipzig muss alle Kräfte einsetzen, um zu verhindern, dass der Freistaat  
 192 auf Kosten der Kommunen seinen Entschuldungskurs fortsetzt und sich auch auf Kosten des  
 193 Haushaltes der Stadt saniert.

194 Sofern Bund und Land ihrer Aufgabe der ausreichenden Finanzierung der Kommunen weiterhin  
 195 nicht nachkommen, muss zugleich die Verwaltungsspitze ihre kurzfristige Entschuldungspolitik  
 196 hinsichtlich der beschlossenen und künftig notwendigen Investitionen u.a. in Schulen, Kitas und  
 197 öffentlichen Nahverkehr aufgeben. Diese führte und führt zur Bevorzugung von Investorenmodellen  
 198 mit unkündbaren 25-jährigen Mietverträgen beispielsweise im Kitabau und damit zwangsläufig zu  
 199 Kosten bis in dreifacher Höhe im Vergleich zum Eigenbau. Hier fordern wir eine grundsätzliche  
 200 Kurskorrektur der Verwaltung für mehr Generationengerechtigkeit. Dabei ist besonders wichtig,  
 201 dass in der Verwaltung die Voraussetzungen geschaffen werden, nicht nur wie bisher jährliche  
 202 Investitionen in Höhe von etwa 180 Mio. Euro, sondern ein geplantes Investitionsvolumen von

203 durchschnittlich 250 Mill. Euro (Haushalt 2017/18) zuzüglich der nicht umgesetzten Investitionen  
 204 aus den Vorjahren in Höhe von 300 Mill. Euro zu realisieren. Dafür fordern wir ausreichendes  
 205 Personal und zukunftsfähige Strukturen. Nur so ist solide Haushaltspolitik möglich, an der wir auch  
 206 künftig festhalten.

207 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 208 • die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit dem  
 209 geltenden Grundsatz: wird eine Leistung durch den Gesetzgeber bei der Kommune bestellt,  
 210 ist diese von dort im vollen Umfang zu bezahlen
- 211 • eine transparente städtische Haushaltspolitik unter aktiver Mitwirkung der Bürgerschaft, z.  
 212 B. durch Einführung eines tatsächlichen Bürgerhaushaltes
- 213 • den Vorrang der Eigeninvestition vor Investorenmodellen mit langfristigen, unkündbaren  
 214 Mietverträgen; Investitionen durch Dritte nur im begründeten Ausnahmefall
- 215 • die Einführung eines dezernats- und ämterübergreifenden Fördermittelmanagements, um  
 216 dringend benötigte zusätzliche Einnahmen zu generieren und die Vergabe der knappen  
 217 Mittel strategisch sinnvoll und effektiv zu gestalten
- 218 • den vehementen Einsatz der Verwaltungsspitze, unter Ausschöpfung aller rechtlichen  
 219 Möglichkeiten, für eine gerechte Mittelzuweisung des Freistaates Sachsen an Leipzig
- 220 • eine Investitionspolitik und ihre Einzelmaßnahmen, die durch die notwendigen personellen  
 221 und strukturellen Voraussetzungen auch umgesetzt werden kann; das schließt verlässliche  
 222 Planzahlen für die Höhe der Investitionen ein.

## 223 **2. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben**

224 Für DIE LINKE gehört der Kampf um soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben zu den  
 225 unverwechselbaren Grundwerten. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahre ist  
 226 Leipzig im bundesweiten Vergleich weiterhin eine Armutshochburg, viele Menschen leben hier unter  
 227 prekären Bedingungen. Die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft vertieft sich laut dem Leipziger  
 228 Sozialreport 2017. Damit untrennbar verknüpft sind Folgewirkungen wie beispielsweise die  
 229 kontinuierlich steigenden Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung. Signifikant ist auch der direkte  
 230 Zusammenhang zwischen einer hohen Quote an Kinderarmut, Arbeitslosigkeit und  
 231 Einkommensarmut mit dem deutlich geringen Anteil für gymnasiale Bildungsempfehlungen. Nach  
 232 Instrumenten und Handlungskonzepten zur Gegensteuerung sucht man oft vergeblich, wobei wir  
 233 wissen, dass die sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten durch die vorherrschende neoliberale  
 234 Bundes- und Landespolitik begrenzt sind. Gerade deshalb brauchen wir in Leipzig eine nachhaltige  
 235 Sozialpolitik, die den Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht wird und insbesondere freie  
 236 Träger angemessen fördert.

### 237 **2.1. Stadtgesellschaft sozial und gerecht**

238 Aktive kommunale Sozialpolitik muss sich an alle Leipzigerinnen und Leipziger richten und sie so in  
 239 das Streben nach einer solidarischen und inklusiven Stadtgesellschaft einbeziehen. In diesem  
 240 umfassenden Sinne verstehen wir Sozialpolitik nicht bloß als Reparaturbereich für prekäre  
 241 Lebenslagen, Existenznöte oder soziale Konflikte. Auch wer über ein gutes Einkommen verfügt, darf  
 242 sich nicht abschotten und sollte an einer Stadt interessiert sein, die endlich das Stigma der  
 243 sächsischen Armutshauptstadt ablegen kann.

244 Die LINKE tritt vor allem für Menschen ein, die gegenwärtig am Rande unserer Gesellschaft leben  
 245 müssen und deren Lage sich in den letzten Jahren nicht oder kaum verbessert hat. Wesentlich dafür  
 246 verantwortlich sind nach wie vor die unsäglichen Hartz IV-Regelungen, die dringend abgeschafft  
 247 werden müssen, auch wenn das nur per Bundesgesetz geht. Viele der Betroffenen haben sich  
 248 zurückgezogen. Wir möchten gerade diese Menschen ermutigen, ihre Resignation zu überwinden,  
 249 um den Druck für notwendige politische Veränderungen zu erhöhen.  
 250 Es ist unübersehbar: die Zahl der in Leipzig lebenden Migrantinnen und Migranten wächst. Nicht  
 251 nur Geflüchtete, sondern vor allem Menschen aus EU-Staaten und Familienangehörige von bereits  
 252 hier lebenden Migrantinnen und Migranten finden den Weg, um in unserer zunehmend bunteren  
 253 Stadt zu leben. Diese Entwicklung stellt sowohl Chance als Herausforderung dar. Migrantinnen und  
 254 Migranten sind in vielen Fällen stärker von Armut, Benachteiligung und Diskriminierung betroffen.  
 255 Ziel muss es sein, Barrieren und Hemmnisse abzubauen und ein friedliches, vielfältiges  
 256 Zusammenleben aller Menschen in der Stadt zu ermöglichen.

257 Wir setzen uns deshalb ein für:

- 258 • einen vom Freistaat Sachsen zu finanzierenden gerechten Sozillastenausgleich zwischen  
 259 den Regionen und Kommunen zur Überwindung der finanziellen Benachteiligung der Stadt  
 260 Leipzig, insbesondere gegenüber der Landeshauptstadt Dresden
- 261 • bezahlbare Versorgung (Strom, Gas, Heizung, Wasser usw.) auch für einkommensschwache  
 262 Haushalte
- 263 • eine Anhebung der Sockelfinanzierung und automatische Steigerung des Budgets für freie  
 264 Träger im Sozialbereich, insbesondere zur tarifgerechten Entlohnung der Beschäftigten und  
 265 zur Bekämpfung des Niedriglohnsektors
- 266 • Sicherung und weitere Ausgestaltung des Leistungsangebotes des Leipzig-Passes, u. a.  
 267 dessen Ausweitung auf Menschen im Niedriglohnbereich
- 268 • die jährliche Dynamisierung der Richtwerte bei den Kosten der Unterkunft (KdU) für SGBII-  
 269 Betroffene sowie Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung im Alter und bei  
 270 Erwerbsminderung zur Vermeidung von Zwangsumzügen und Sozialgerichtsklagen
- 271 • die Weiterentwicklung des Sozialreports zu einer Sozialberichterstattung mit konkreter  
 272 Handlungs- und Zielperspektive für die Sozialpolitik
- 273 • Verbesserung der sozialen Integration der Geflüchteten in die Stadtgesellschaft durch mehr  
 274 dezentrale Sozialarbeit
- 275 • eine interkulturelle und familienspezifische Öffnung der städtischen Behörden,  
 276 Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen durch regelmäßige verpflichtende  
 277 Fortbildungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie entsprechende  
 278 Einstellungskriterien in der Stadtverwaltung (Fremdsprachenkenntnisse usw.).

## 279 **2.2. Unsere Zukunft – Kinder und Jugendliche**

280 Leipzig muss seinem selbst gewählten Anspruch, eine kinder- und jugendfreundliche Stadt zu sein,  
 281 noch offensiver Rechnung tragen. Sehr erfreulich ist, dass seit Jahren deutlich mehr Kinder geboren  
 282 werden und junge Familien verstärkt ihren Wohnsitz in Leipzig nehmen. Daraus erwachsen unserer  
 283 Stadt jedoch vielfältige Herausforderungen, die in ihrer ganzen Vielfalt erkannt und bewältigt  
 284 werden müssen. Unser Anspruch ist es, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von der  
 285 Einkommens- und Vermögenslage der Eltern eine gute Perspektive in unserer Heimatstadt zu  
 286 geben. Das ist gegenwärtig aber leider für viele noch nicht gegeben; fast ein Viertel der Kinder sind  
 287 unmittelbar von Armut betroffen. Für uns sind Kinder und Jugendliche sowohl Gegenwart als auch

288 Zukunft der Stadtgesellschaft. Jedes Kind hat ein Recht auf die Chance, sich seinen Bedürfnissen,  
289 Fähigkeiten und Interessen entsprechend zu entwickeln.

### 290 **2.2.1. Eine gute Kita-Betreuung für alle Kinder**

291 Vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz für Kinder ab dem  
292 vollendeten ersten Lebensjahr ist ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Angebot an  
293 Plätzen ein wichtiges Kriterium für eine kinder- und familienfreundliche Stadt. Kitas leisten einen  
294 wesentlichen Beitrag zur frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung und zur Vereinbarkeit von  
295 Familie und Beruf. Trotz großer Anstrengungen in der Stadt beim Kitaplatzausbau konnten die  
296 Versäumnisse der vergangenen Jahre bis jetzt nicht kompensiert werden. Es bleibt deshalb auch  
297 aufgrund der seit Jahren steigenden Geburtenzahlen vordringliche Aufgabe, weitere Plätze zu  
298 schaffen. Um die Qualitätsentwicklung systematisch umsetzen zu können und vergleichbare  
299 Bildungschancen für alle Kinder zu gewähren, ist es zudem erforderlich, die personellen  
300 Rahmenbedingungen wesentlich zu verbessern.

301 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 302 • die Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für jedes Kind bis zur Einschulung  
303 und die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Hortplatz während des  
304 Grundschulbesuches
- 305 • die Gewährleistung des Wunsch- und Wahlrechtes der Eltern bei der Kitaplatzsuche, vor  
306 allem im Hinblick auf verschiedene pädagogische Konzepte und eine wohn- oder  
307 arbeitsortnahe Versorgung
- 308 • die Realisierung der kostenfreien Kita-Betreuung für alle Kinder bei Kostenausgleich durch  
309 den Freistaat Sachsen
- 310 • die besondere Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher zum Beispiel durch die  
311 Ermöglichung kostenfreier, gesunder Mittagessenversorgung
- 312 • den weiteren gezielten Abbau des Investitionsstaus in zahlreichen Einrichtungen unter  
313 Nutzung von Förderprogrammen
- 314 • mehr neue Einrichtungen als bisher in städtischer Verantwortung, um mittel- und langfristig  
315 den Haushalt der Stadt weniger zu belasten
- 316 • die weitere Verbesserung der Kita-Platzvergabe über das Elternportal – die Vergabe muss  
317 transparent, gerecht und nachvollziehbar erfolgen
- 318 • die Ausweitung von Bemühungen, geflüchtete Kinder durch niedrigschwellige  
319 Einstiegsangebote und Sensibilisierung der Eltern stärker in die Kitabetreuung zu integrieren
- 320 • die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bildung, Erziehung und Betreuung durch  
321 kleinere Gruppen, einen deutlich verbesserten Betreuungsschlüssel und die Anrechnung von  
322 Vor- und Nachbereitungszeiten für alle Erzieherinnen und Erzieher
- 323 • den weiteren Ausbau von Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren, die durch  
324 bessere finanzielle und personelle Ausstattung ein Hauptaugenmerk auf Familienbildung,  
325 Arbeit im Sozialraum und Integration legen können
- 326 • die Erweiterung von Kita-Sozialarbeit als präventives Angebot
- 327 • die Förderung von Elterninitiativen, die Kita gründen wollen und kleinen Kita-Trägern mit  
328 spezifischen pädagogischen Konzepten
- 329 • die Schaffung weiterer inklusiver Kindertageseinrichtungen im Sinne der UN-  
330 Behindertenrechtskonvention



- 331 • angemessene, verlässliche und gleiche Arbeitsbedingungen für das pädagogische Personal
- 332 in kommunaler und freier Trägerschaft entsprechend der gesetzlichen Regelungen
- 333 • eine bedarfsgerechte und attraktivere Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher.

### 334 2.2.2. Für gute Schule und Bildung

335 Längeres gemeinsames Lernen anstatt frühzeitiger Vorbestimmung des einzuschlagenden  
 336 Bildungsweges bleibt die zentrale Bildungsbotschaft der LINKEN. Das gegliederte Schulwesen ist  
 337 Ursache vieler bildungspolitischer Probleme wie Lehrermangel, zu wenig Zeit und Möglichkeiten für  
 338 die Förderung von Schülerinnen und Schülern, Erschweren der Bildungsübergänge und die in der  
 339 Praxis nicht gewährleistete Durchlässigkeit der Schularten untereinander.

340 Im Bildungsbereich schlagen sich die Probleme der wachsenden Stadt besonders nieder. Zuzüge  
 341 aus dem Umland und der gesamten Bundesrepublik, anhaltend starke Geburtenzahlen, eine höhere  
 342 Zahl an Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund führen zu höheren Jahrgangsstärken in  
 343 den Leipziger Schulen. Unsere Stadt steht daher vor großen Herausforderungen im Schulbau, in der  
 344 Sanierung und in der Werterhaltung der Schulen, Schulsporthallen und Freiflächen der Schulen. Bei  
 345 der Lösung dieser Aufgaben bleiben Schüler- und Elternräte für uns auch weiterhin wichtige  
 346 Partnerinnen und Partner.

347 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 348 • den Ausbau des kommunalen Schulnetzes, um die wohnortnahe Beschulung in allen
- 349 Schularten zu ermöglichen
- 350 • kleine Grundschulbezirke mit höchstens zwei Grundschulen
- 351 • die Unterstützung der Aktivitäten des Arbeitskreises Schule und Wirtschaft an Oberschulen,
- 352 die auf die berufliche Bildung orientieren und eine verstärkte Berufs- und
- 353 Studienorientierung an Gymnasien
- 354 • für eine ausreichende und bedarfsgerechte Anzahl von Berufsschulplätzen
- 355 • die schrittweise Umgestaltung der Schullandschaft hin zu einer Struktur, die längeres
- 356 gemeinsames Lernen ermöglicht
- 357 • die Unterstützung von unterschiedlichen Schulmodellen, in denen das längere gemeinsame
- 358 Lernen verwirklicht wird
- 359 • die Sicherung der maximalen Klassenstärken bis zu 24 Schülerinnen und Schüler, um
- 360 Inklusion (Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf), Integration und
- 361 Wiederholungen zu sichern
- 362 • eine stärkere Förderung nachbarschaftlichen und partnerschaftlichen Lernens mit Kindern
- 363 und Jugendlichen aus geflüchteten Familien
- 364 • die gerechte Entlohnung von Lehrerinnen und Lehrern aller Schularten; keine Unterschiede
- 365 von angestellten und verbeamteten Lehrkräften
- 366 • die qualitative und quantitative Erweiterung der Ganztagsangebote (GTA) in allen Schularten
- 367 und deren auskömmliche Finanzierung und personelle Absicherung
- 368 • mindestens eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialarbeiter an jeder Grund-,
- 369 Förder-, Ober- und Berufsschule der Stadt und die Etablierung von Schulsozialarbeit auch an
- 370 Gymnasien
- 371 • die bedarfsgerechte Beschäftigung und Erhöhung der Zahl der Schulpsychologen
- 372 • den Erhalt und Ausbau von Schulbibliotheken, Leseräumen und Lernwerkstätten sowie
- 373 Gewährleistung der personellen Ausstattung
- 374 • die konsequente Einhaltung der gesetzlich verbrieften Lehr- und Lernmittelfreiheit

- 375 • den erforderlichen Netzausbau an Schulen aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung der  
376 Gesellschaft und die Ausstattung mit entsprechenden Endgeräten
- 377 • verkehrssichere Schulwege in allen Stadtbezirken und Ortsteilen; dazu sind die finanziellen  
378 Mittel für Ampeln, Fußgängerüberwege, sichere Fuß- und Radwege, Radabstellplätze,  
379 Fahrdienste (für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf) erheblich zu  
380 erhöhen
- 381 • die Unterstützung von pädagogischen Konzepten, die eine Kooperation von Grundschule und  
382 Hort noch weiter verbessern
- 383 • preisstabile Schülermobilcards und die Aufforderung an den Freistaat, ein kostenloses  
384 Bildungsticket einzuführen
- 385 • die Ermöglichung einer gesunden, kostenfreien Mittagessenversorgung für Kinder und  
386 Jugendliche – mindestens für diejenigen, die den Leipzig-Pass haben –, finanziert durch den  
387 Freistaat Sachsen und möglichst auf der Basis einer regionalen Versorgung
- 388 • die Vereinfachung der Einreichungen und Abrechnungen von Klassenfahrten, Schulfahrten,  
389 Schulausflügen und weiteren schulischen Aktivitäten
- 390 • für eine bessere Versorgung der Schulen mit Schulsachbearbeiterinnen und  
391 Schulsachbearbeitern sowie Hausmeisterinnen und Hausmeistern.

### 392 **2.2.3. Umfassende Unterstützung und Förderung von Familie, Kindern und Jugendlichen**

393 Mit der wachsenden Stadt, der zunehmenden sozialen Differenziertheit und der fortschreitenden  
394 Veränderung von Lebensweisen wachsen auch die Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe.

395 Die rasanten gesellschaftlichen Entwicklungen samt der Veränderung der Arbeitswelt und  
396 Arbeitszeiten, aber auch prekäre Lebensverhältnisse und verfestigte Armutslagen eines  
397 beträchtlichen Teils der Leipziger Stadtgesellschaft gehen zulasten von Familien, Kindern und  
398 Jugendlichen. Darüber hinaus sind vor allem Alleinerziehende von Armut betroffen.

399 Die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund erfordert  
400 die quantitative, aber auch qualitative Weiterentwicklung von Konzepten und Förderinstrumenten,  
401 die Teilhabe und Integration ermöglichen. Im Zentrum stadtpolitischer Bemühungen muss die  
402 gleichberechtigte und umfassende soziale und demokratische Teilhabe von Kindern und  
403 Jugendlichen stehen. Dies muss durch eine adäquate personelle und finanzielle Ausstattung der im  
404 Bereich der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Akteurinnen und Akteure gewährleistet werden. Die  
405 Selbstorganisation von jungen Menschen ist dabei ein zentrales Moment. Die dafür notwendigen  
406 Freiräume müssen erhalten und geschaffen werden.

407 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 408 • die konsequente Ausrichtung kommunaler Entscheidungen auf die Belange von Kindern,  
409 Jugendlichen und Familien mit Kindern
- 410 • ein Angebot an Prävention, Beratung und Hilfe bei kinder-, jugend- und familienrelevanten  
411 Problemstellungen unter Berücksichtigung der Besonderheiten in den Ortsteilen, das der  
412 wachsenden Zahl von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie sich verändernder Probleme  
413 und Bedarfe Rechnung trägt
- 414 • eine bedarfsgerechte Ausstattung der Angebote der verschiedenen Leistungsbereiche der  
415 Kinder- und Jugendhilfe entsprechend der vom Jugendhilfeausschuss verabschiedeten  
416 Fachstandards
- 417 • die Wertschätzung der Tätigkeit der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe

- 418 • neue Formen aktiver Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen an
- 419 Entscheidungen
- 420 • die strukturelle und personelle Unterstützung des Jugendparlaments
- 421 • die gleichberechtigte Teilhabe von geflüchteten Kindern und Jugendlichen an den Angeboten
- 422 der Kinder- und Jugendhilfe und die Stärkung von spezifischen integrativen Projekten, die für
- 423 herkunftsspezifische Unterschiede, Fluchterfahrungen und Sprachbarrieren sensibilisiert
- 424 sind
- 425 • eine interkulturell, demokratiefördernd und geschlechtersensibel ausgerichtete
- 426 Jugendarbeit, die sich aktiv gegen Antisemitismus, Neonazismus, Rassismus, Sexismus und
- 427 weitere Formen von Diskriminierung wendet
- 428 • die Förderung selbstorganisierter, selbstverwalteter und alternativer Jugendkultur unter
- 429 anderem durch den Erhalt von Freiräumen
- 430 • die wesentliche Anhebung der finanziellen Zuwendungen des Freistaates an die Kommune,
- 431 insbesondere der Jugendpauschale
- 432 • die jährliche Steigerung des städtischen Jugendhilfeetats zur Sicherung der Kontinuität und
- 433 des steigenden Bedarfs an der Kinder- und Jugendarbeit
- 434 • die Anpassung der Beratungs- und Hilfeleistungen des Allgemeinen Sozialdienstes an den
- 435 steigenden Bedarf und die höhere Komplexität der Fälle
- 436 • bedarfsgerechte Angebote von Hilfen zur Erziehung mit dem Fokus auf die individuellen
- 437 Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und die Befähigung der Eltern
- 438 • den Ausbau von Erziehungs- und Familienberatungsstellen und weiteren
- 439 Familienbildungsangeboten
- 440 • die Förderung einer familienspezifischen, bedarfsgerechten Familienberatung, welche den
- 441 besonderen Lebenslagen von Alleinerziehenden-, Patchwork- und Regenbogenfamilien
- 442 gerecht wird
- 443 • für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien als Alternative zur
- 444 stationären Unterbringung in Hilfe-zur-Erziehung-Maßnahmen sowie die engagierte Beratung
- 445 und Begleitung durch den Pflegekinderdienst.

### 446 **2.3. In Leipzig studieren und forschen**

447 Als Hochschul- und Forschungsstandort verfügt Leipzig über jahrhundertealte Traditionen. Die  
 448 entsprechenden Einrichtungen konzentrieren sich in vier Wissenschaftsräumen (Mitte, Nordost,  
 449 Süd, Südost) und bilden einen zentralen Faktor der Stadtentwicklung. Die Gebäude, insbesondere  
 450 die Neubauten, sind wesentlicher Bestandteil des Stadtbildes. Darüber hinaus prägt die stark von  
 451 Drittmitteln abhängige Wissenschafts- und Forschungslandschaft die offene geistige Atmosphäre  
 452 unserer Stadt wesentlich mit. Die knapp 40.000 Studierenden – davon fast 5.000 aus dem Ausland  
 453 – tragen erheblich zum Wachstum, zur Verjüngung und zur steigenden Internationalität von Leipzig  
 454 bei. Für viele Studierende ist Leipzig eine Station in einer hochmobilen Berufskarriere; zugleich ist  
 455 die Stadt für viele junge Absolventen zwar Wohnort, aber nicht zwingend auch Arbeitsort.  
 456 Das Profil Leipzigs als Stadt der Wissenschaften ist zu stärken. Dazu gehört neben einer klugen  
 457 kommunalen Raumpolitik die Verbesserung der Rahmenbedingungen sowohl der Studierenden als  
 458 auch der Lehrenden, u. a. durch ausreichend Kitaplätze, bessere Radwege und preiswerten  
 459 Wohnraum. Eine gesicherte Finanzierung des Studentenwerkes seitens des Freistaates Sachsen ist  
 460 eine notwendige Bedingung, um dessen Leistungen wie Wohnheim-plätze, Sozialberatung und  
 461 Mensen zu erhalten und dem Bedarf entsprechend zu erweitern. Eine ausreichende  
 462 Grundfinanzierung der Hochschuleinrichtungen unabhängig von der Drittmittelförderung stärkt die

464 Unabhängigkeit der Wissenschaftsentwicklung und würde viele Beschäftigungsverhältnisse aus den  
465 Abhängigkeiten der Befristung lösen.

466 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 467 • die Vertiefung der institutionellen Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Akteuren  
468 der Wissenschaftslandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Universität Leipzig und  
469 deren Forschungsprofil
- 470 • mehr gemeinsame wissenschaftliche Projekte zwischen Verwaltung und städtischen  
471 Unternehmen mit Universität und Hochschulen
- 472 • die weitere Ausprägung eines mitteldeutschen Bildungsraumes in Richtung der  
473 Universitäten Halle und Jena
- 474 • die Öffnung der Hochschulen als ergänzende Bildungseinrichtungen für alle Leipzigerinnen  
475 und Leipziger (z. B. Stärkung von Seniorenkolleg und Kinderuni)
- 476 • die Schaffung einer barrierefreien Hochschullandschaft, einschließlich der Zugänge für  
477 Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten
- 478 • den Erhalt und Ausbau von preiswertem Wohnraum auch in zentrumsnahen Stadtteilen,  
479 insbesondere der Studentenwohnheime
- 480 • eine studierendengerechte Mobilität durch mehr Radwege zu den Hochschulstandorten und  
481 flexible Anpassung des ÖPNV zu den Stoßzeiten im Hochschulbereich sowie eine günstige  
482 Kostenstruktur für Studierendentickets bei den Leipziger Verkehrsbetrieben und im  
483 Mitteldeutschen Verkehrsverbund
- 484 • ein Verbot von militärischer Forschung und die Umsetzung der Zivilklausel an der Universität  
485 Leipzig und der Hochschule für Technik, Wissenschaft und Kultur (HTWK)
- 486 • die Abschaffung der Zweitwohnsitzsteuer für Studierende.

#### 487 **2.4. Würdevolles Leben und Teilhabe im Alter**

488 Selbstbestimmtes Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht und ein Lebensabschnitt  
489 mit eigenen Bedürfnissen und Ansprüchen. Ältere Menschen wollen sich gleichberechtigt in den  
490 gesellschaftlichen Alltag einbringen und bürgerschaftlich engagieren. Dazu bedarf es geeigneter  
491 Rahmenbedingungen wie der altersgerechten Gestaltung des Wohnumfeldes, entsprechenden  
492 Verkehrslösungen und tragfähigen Bedingungen in der Gesundheitsversorgung und Pflege. Zu einer  
493 lebenswerten Stadt gehört aber auch, dass sich alle Generationen begegnen (können). Es muss im  
494 privaten und öffentlichen Raum eine Atmosphäre geschaffen werden, in der sich Jung und Alt  
495 gegenseitig unterstützen und voneinander lernen.

496 In den letzten Jahren hat sich Leipzig, insbesondere durch den Zuzug aus dem Ausland, zwar  
497 erfreulicherweise verjüngt, aber immerhin ein Drittel der Bevölkerung befindet sich inzwischen im  
498 Seniorenalter (55+). In Leipzig nimmt leider die Altersarmut zu und zukünftig werden deutlich mehr  
499 Rentnerinnen und Rentner armutsgefährdet sein.

500 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 501 • mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Ältere in den sozialen, kulturellen und politischen  
502 Bereichen des städtischen Lebens
- 503 • die Erarbeitung eines Rahmenkonzepts für seniorengerechte Quartiersentwicklung
- 504 • die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen  
505 Wohnungsbaus

- 506 • den Bau von wesentlich mehr altengerechten Wohnungen und den Umbau bestehender
- 507 Wohnungen sowie die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben im Wohnungspolitischen
- 508 Konzept (Fortschreibung 2015)
- 509 • ein Tarifsystem im ÖPNV, das für Seniorinnen und Senioren bezahlbar ist
- 510 • einen gleichberechtigten Zugang von älteren Menschen mit Migrationshintergrund zu
- 511 gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsleistungen
- 512 • eine Stadt der kurzen Wege (Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten usw. in der Nähe)
- 513 • die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen
- 514 Wohnungsbaus
- 515 • die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum, die
- 516 generationenübergreifend ansprechend sind
- 517 • eine Förderpolitik, die auch das Miteinander der Generationen in den Blick nimmt und
- 518 Projekte unterstützt, die generationenübergreifende Angebote schaffen

## 519 2.5. Gleichstellung aller Geschlechter

520 Die LINKE kämpft für ein offenes und gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen – egal  
 521 welchen Geschlechts – und eine tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Lebensbereichen. Daher  
 522 fördern wir die Akzeptanz der modernen Bewegung von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen,  
 523 Transgendern und Intersexuellen (LSBTTI\*). Die Anerkennung, Akzeptanz und Unterstützung  
 524 vielfältiger Formen des familiären Zusammenlebens und sozialen Miteinanders und der Kampf für  
 525 Frauenrechte sind für uns selbstverständlich. Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe und muss  
 526 in allen Bereichen kommunaler Entscheidungen mitgedacht werden.

527 Leipzig ist ein Spiegelbild der gesamtdeutschen Realität. Nach wie vor finden wir soziale  
 528 Benachteiligung von Frauen und einen hohen weiblichen Anteil unter den geringfügig Beschäftigten.  
 529 Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen ist unverändert signifikant und beträgt derzeit 21  
 530 Prozent. Daraus folgt die große Gefahr der Altersarmut. Frauen sitzen darüber hinaus weniger in  
 531 den Chefetagen, auch bei der LVV ist das so. Familiäre und außerfamiliäre Fürsorge wird immer  
 532 noch größtenteils von Frauen geschultert, oft unentgeltlich oder schlecht entlohnt. Auch Hausarbeit  
 533 ist weiterhin oft ungleich verteilt. Frauen werden Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt.

534 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 535 • eine geschlechtersensible Folgenabschätzung bei allen kommunalpolitischen
- 536 Entscheidungen (Umsetzung des Gender-Mainstreaming)
- 537 • eine geschlechts- und familienspezifische Datenerhebung und Sozialberichterstattung
- 538 • die Stärkung des Gleichstellungsreferats sowie die rechtzeitige Einbeziehung des
- 539 Gleichstellungsreferats und des Gleichstellungsbeirats bei kommunalen Entscheidungen
- 540 • die Aktualisierung und konsequente Umsetzung von Frauenförderplänen in allen Bereichen
- 541 der Stadtverwaltung, städtischen Betrieben und Unternehmen mit städtischer Beteiligung
- 542 • die Einführung einer Frauenquote für die paritätische Besetzung von Leitungsfunktionen in
- 543 der Stadtverwaltung und in kommunalen Unternehmen
- 544 • die paritätische Besetzung bei der Auswahl der Referentinnen und Referenten für sämtliche
- 545 kommunalen und durch die Kommune geförderten Veranstaltungen
- 546 • den Erhalt und die finanzielle Absicherung bestehender Frauen- und Kinderschutzhäuser
- 547 • die Stärkung des Netzwerkes gegen häusliche Gewalt und Stalking; Runder Tisch gegen
- 548 Gewalt an Frauen
- 549 • den weiteren Ausbau von spezialisierten Frauenberatungsstellen
- 550 • eine Gewaltopferambulanz am Institut für Rechtsmedizin des Uniklinikums Leipzig

- 551 • die verpflichtende Fortbildung zum Thema Gewaltschutz im Jugendamt und Sozialamt
- 552 • eine offizielle Beteiligung der Stadt am jährlichen Equal Pay Day ab 2020
- 553 • die aktive Unterstützung und Förderung von erwerbslosen und geringfügig-beschäftigten
- 554 Alleinerziehenden beim Einstieg bzw. Wiedereinstieg in eine Berufstätigkeit mit
- 555 existenzsicherndem Familieneinkommen
- 556 • die Überwindung jeglicher Diskriminierung von Menschen mit gleich- und
- 557 mehrgeschlechtlichen Lebensweisen und den gesicherten Erhalt von Schwulen- und
- 558 Lesbenzentren
- 559 • die Stärkung der Position der Beauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweise
- 560 • weitere Maßnahmen gegen sexistische Werbung
- 561 • mehr Maßnahmen zur Unterstützung migrantischer Frauen (z. B. durch Sprachmittlerinnen
- 562 und Sprachmittler)
- 563 • die Durchsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes und insgesamt mehr Schutz für
- 564 Sexarbeit
- 565 • eine Begegnungsstätte für Frauen, um die Zusage der Stadt nach dem Abriss des Henriette-
- 566 Goldschmidt-Hauses einzulösen
- 567 • die Ablehnung aller Kürzungen im Bereich von Projekten und Vereinen, die für Gleichstellung
- 568 kämpfen.

## 569 2.6. Inklusives Denken und Handeln fördern

570 Wir bekennen uns auf der Grundlage der 2006 ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von  
 571 Menschen mit Behinderung zur inklusiv gestalteten Gesellschaft. Inklusion und die Teilhabe von  
 572 Menschen mit Behinderung bilden ein Querschnittsthema, welches viele Lebensbereiche betrifft.  
 573 Mehr als ein Zehntel der Leipzigerinnen und Leipziger sind von Behinderungen und chronischen  
 574 Krankheiten betroffen. Manches hat sich in den letzten Jahren positiv verändert, um diesen  
 575 Menschen die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern. Mit dem nach  
 576 langem Diskussionsprozess beschlossenen Teilhabeplan hat Leipzig Ende 2017 eine wichtige  
 577 Voraussetzung für mehr Inklusion in unserer Stadt geschaffen. Auf dessen Grundlage bleibt aber  
 578 noch viel zu tun, um Leipzig in allen Stadtteilen barrierefrei zu gestalten. Noch zu oft scheitern  
 579 notwendige und mögliche Lösungen an Unwissenheit oder an vermeintlichen Sparschwängen.

580 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 581 • die vollständige Umsetzung des Teilhabeplans der Stadt Leipzig 2017 bis 2024 „Auf dem
- 582 Weg zur Inklusion!“
- 583 • die Stärkung des Behindertenbeirates
- 584 • den barrierefreien Zugang zu allen Einrichtungen und Dienstleistungsangeboten der
- 585 Stadtverwaltung, einschließlich der Wahllokale
- 586 • die Verringerung von Bearbeitungszeiten bei Belangen von Menschen mit Behinderungen auf
- 587 möglichst vier Wochen
- 588 • mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung und den
- 589 Eigenbetrieben
- 590 • den Ausbau der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung in
- 591 Komplexkindertagesstätten
- 592 • mehr barrierefreie Wohnungen in allen Stadtteilen zu erschwinglichen Mieten

- 593 • die beschleunigte barrierefreie Gestaltung des ÖPNV durch die flächendeckende Einführung  
 594 von Fahrzeugen mit Niederflurtechnik und die entsprechende Anpassung der Haltestellen  
 595 durch die Absenkung der Bordsteine
- 596 • die Erweiterung des Blindenleitsystems, die Kennzeichnung von Stufen und anderen  
 597 Hindernissen mit Signalfarben sowie die Ausstattung weiterer Straßenquerungen mit  
 598 akustischen Ampeln.

## 599 **2.7. Für eine stabile medizinische Versorgung und gute Pflege**

600 Leipzig verfügt über ein hohes Niveau bei der ambulanten und stationären medizinischen  
 601 Versorgung. Nicht zuletzt durch das Bevölkerungswachstum und den demografischen Wandel  
 602 werden auch in diesem Bereich die Herausforderungen zunehmen. Schon heute ist ein Mangel an  
 603 Ärzten und qualifiziertem Pflegepersonal spürbar. Insgesamt haben wir dafür Sorge zu tragen, dass  
 604 alle Einwohnerinnen und Einwohner, unabhängig vom Alter und Einkommen, auch künftig  
 605 medizinisch gut versorgt werden.

606 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 607 • den Erhalt und Ausbau kommunaler Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, insbesondere  
 608 eine Stabilisierung des städtischen Klinikums St. Georg und des dort angebandenen  
 609 Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ)
- 610 • einen Zuschuss zum städtischen Klinikum St. Georg aus Haushaltsmitteln
- 611 • die Unterstützung bei der weiteren Einrichtung von MVZ, vor allem in unterversorgten  
 612 Ortsteilen
- 613 • die personelle Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere um die  
 614 vorgeschriebenen Untersuchungen bei Kindern flächendeckend zu gewährleisten
- 615 • den Ausbau und die Qualitätssicherung sowie bessere Vernetzung der Suchtprävention vor  
 616 allem für junge Menschen sowie die stärkere Förderung von Ausstiegsprogrammen für alle  
 617 Suchterkrankten
- 618 • den Umbau und die Modernisierung der Suchtberatungs- und Behandlungsstelle "Haus Alt-  
 619 Schönefeld"
- 620 • den Abbau des Pflegekräftemangels und die bessere Bezahlung sowie mehr Ausbildung von  
 621 Pflegekräften
- 622 • die finanzielle Stärkung der Aids-Hilfe
- 623 • die interkulturelle Öffnung und Mehrsprachigkeit der kommunalen Gesundheitsdienste und  
 624 Akteure der Drogenhilfe
- 625 • die interkulturelle Öffnung und damit kultursensible Pflege, die besonderen Bedürfnissen  
 626 von pflegebedürftigen Migrantinnen und Migranten Rechnung trägt
- 627 • die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete, die Leistungen nach  
 628 Asylbewerberleistungsgesetz beziehen und damit den Abbau von Barrieren beim Zugang zu  
 629 Gesundheitsleistungen
- 630 • die Etablierung eines Modellprojektes zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne  
 631 Papiere und Krankenversicherung in Zusammenarbeit mit Medinetz Leipzig e.V.

## 632 **2.8. Öffentliche und persönliche Sicherheit durch Prävention**

633 Leipzig nimmt mit seiner Kriminalitätslage im Freistaat Sachsen seit Jahren eine besondere Stellung  
 634 ein. Das spiegelt sich in der Landespolitik und insbesondere bei der Personalverteilung der Polizei

635 noch nicht adäquat wider. Wir wissen, dass die öffentliche und persönliche Sicherheit und der  
 636 Schutz vor Kriminalität weiterhin im Fokus der Bevölkerung stehen, wobei es einen großen  
 637 Unterschied zwischen dem individuellen Sicherheitsempfinden und der objektiven Sicherheitslage  
 638 gibt. Mit der Verstärkung der Polizei und der Aufstockung des Stadtordnungsdienstes wurde darauf  
 639 in den letzten Jahren reagiert.

640 Gleichwohl bedeutet linke Ordnungs- und Sicherheitspolitik in erster Linie Prävention. Für uns heißt  
 641 das nicht die Verschärfung des Polizeirechts oder mehr Repression wie z. B. Videoüberwachung  
 642 oder verdachtsunabhängige Kontrollen, sondern mehr soziale Teilhabe, um die Ursachen von Gewalt  
 643 und Straftaten gesamtgesellschaftlich zu verringern. Ein autoritäres Sicherheitsdenken und die  
 644 darauf beruhende Law-and-order-Politik lehnen wir ab. Unsere Toleranz endet jedoch dort, wo  
 645 Menschen psychisch und physisch bedroht und verletzt sowie öffentliches und privates Eigentum  
 646 durch Vandalismus beschädigt oder zerstört werden.

647 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 648 • eine konsequente Beachtung der berechtigten Sicherheitsbedürfnisse aller Menschen
- 649 • den Erhalt von Mischnutzungen in den Stadtteilen, denn eine stabile Mischung von Wohnen,  
 650 Arbeiten und Einkaufen gewährleistet lebendige Stadtteile, in denen nachbarschaftliche  
 651 Fürsorge einen Schutz vor Kriminalität bieten kann
- 652 • eine bessere Berücksichtigung kriminalitätssenkender Faktoren in der Stadtgestaltung,  
 653 insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur und bei Neubauten (offene Straßengestaltung,  
 654 Straßenbeleuchtung usw.), um Angsträume zu verhindern
- 655 • mehr Präventionsarbeit an allen Kitas und Schulen sowie in Sportvereinen in  
 656 Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und freien Trägern
- 657 • die Vertiefung der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ordnungsamt, Polizei und  
 658 Kleingartenvereinen durch mehr finanzielle Mittel für Aufklärung und technische Prävention
- 659 • mehr finanzielle Mittel für die zielgerichtete Vertiefung der Arbeit des Kommunalen  
 660 Präventionsrates in den Stadtteilen unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen  
 661 Akteurinnen und Akteure vor Ort (Bürgervereine usw.)
- 662 • den Ausbau des Systems der ehrenamtlichen Seniorensicherheitsberater
- 663 • die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Sicherheitsbehörden durch eine gezielte  
 664 Ansprache und Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund
- 665 • mehr Bürgerpolizisten mit bürgerfreundlichen Sprechzeiten in allen Ortsteilen
- 666 • die weitere personelle Stärkung des Stadtordnungsdienstes mit jährlich zehn Planstellen in  
 667 den Jahren 2019/2020 und dessen verstärkter Einsatz in den Ortsteilen unter  
 668 Gewährleistung des finanziellen Mehrbedarfs durch das Land
- 669 • die Aktualisierung der sucht- und drogenpolitischen Leitlinien der Stadt Leipzig aus dem Jahr  
 670 2013 entsprechend der gegenwärtigen Erfordernisse, insbesondere unter dem Aspekt der  
 671 überdurchschnittlich hohen Beschaffungskriminalität im Zusammenhang mit  
 672 Betäubungsmittelabhängigkeit
- 673 • die Möglichkeit des straffreien Konsumierens von mitgeführten Drogen durch die  
 674 Einrichtung eines ärztlich betreuten Drogenkonsumraumes
- 675 • die Reduzierung der Fahrraddiebstähle durch eine Offensive für abschließbare  
 676 Fahrradgaragen und -boxen
- 677 • eine kritische Bestandsaufnahme der stationären Videoüberwachung im öffentlichen  
 678 Raum und deren künftige Begrenzung auf Kriminalitätsschwerpunkte
- 679 • ein sauberes Stadtbild durch personelle, technische und finanzielle Stärkung der  
 680 Stadtreinigung für mehr Papierkörbe sowie für mehr Aufklärung zu den Sammelsystemen,



- 681 um illegale Müllablagerungen und damit verbundene Umweltschäden zu verhindern  
 682 • mehr finanzielle Mittel für legale Graffiti-Flächen  
 683 • die Gewährleistung der gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfristen bei Feuerwehr und  
 684 Rettungsdienst durch eine entsprechende Personalausstattung und zeitgemäße  
 685 Rettungsmittel

### 686 **3. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung**

687 Nahezu alle Bereiche unseres Lebens sind vom Wachstums- und Beschleunigungsdenken geprägt.  
 688 Die damit eng verknüpfte neoliberale Wirtschaftsweise führt allerdings immer stärker zu sozialen  
 689 und ökologischen Krisen und damit zur Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Diesen  
 690 Zusammenhang spüren wir sowohl global und national als auch lokal – hier vor Ort. Schlechte Luft  
 691 in der Stadt sowie schrumpfende Freiräume und Grünflächen sind nur zwei Beispiele dafür, dass  
 692 auch Leipzig vor enormen Herausforderungen für eine wirklich nachhaltige Stadtentwicklung steht.  
 693 Auf dem Weg zur sozialökologischen Transformation unserer Stadt sind verantwortungsvolle und  
 694 innovative Lösungen in vielen Bereichen gefragt, u. a. im kommunalen Klimaschutz sowie der  
 695 städtischen Bodenpolitik, die wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln und  
 696 umsetzen möchten. Die Frage, wie wir das Zusammenleben in Zukunft sozial und ökologisch  
 697 gerechter gestalten und welche Rolle dabei eine solidarische Lebensweise sowie die Überwindung  
 698 einer Wachstumsgesellschaft spielen können, ist für DIE LINKE eine der zentralen  
 699 Herausforderungen.

#### 700 **3.1. Für eine ganzheitliche Energiewende und klimagerechte Stadtentwicklung**

701 Die massive Zunahme von Extremwetterereignissen, der steigende Meeresspiegel und sich  
 702 ausbreitende Wüsten sind neben Kriegen und Hunger schon jetzt die Hauptursachen globaler  
 703 Fluchtbewegungen. Ohne wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel nehmen diese Folgen der  
 704 Erderwärmung künftig erheblich zu. Auch Leipzig muss deshalb seine Klimaschutzmaßnahmen  
 705 intensivieren und zugleich die sozial-ökologische Transformation der Stadt vorantreiben. In den  
 706 letzten Jahren wichen häufig Grünflächen der baulichen Verdichtung. Diese Entwicklung hat einen  
 707 erheblichen Einfluss auf die biologische Vielfalt, das Klima, die Luft- und damit auch auf die  
 708 Lebensqualität der Menschen in Leipzig. Bisher sind die Umweltqualitätsziele nicht ausreichend  
 709 umgesetzt. Eine wichtige Rolle muss deshalb eine sozial ausgewogene und ganzheitliche  
 710 Energiewende in den Bereichen Wärme, Strom, sichere Wasserversorgung und Mobilität  
 711 einnehmen. Kein Dorf, kein grüner Landstrich darf künftig noch für das Kohlekraftwerk Lippendorf  
 712 abgebaggert werden. Für eine klimagerechte Stadtentwicklung führt kein Weg am Kohleausstieg  
 713 Leipzigs bis zum Jahr 2030 vorbei.

714 Deshalb treten wir ein für:

- 715 • die weitere Umsetzung der Klimaanpassungsstrategie
- 716 • die stärkere Nutzung der energetischen Potenziale solartauglicher Dachflächen und  
 717 verwertbarer Bioabfälle
- 718 • die Realisierung einer umfassenden Gründach- und Grünfassadenstrategie
- 719 • die Prüfung von verbindlichen Standards für klimafreundliche, energieeffiziente  
 720 Gebäudestrukturen
- 721 • den stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energie der Stadtwerke

- 722 • die Erarbeitung konkreter Alternativen zur Fernwärme aus Lippendorf
- 723 • den Ausbau der Bürgerenergie als dezentrale und unabhängige Energiequelle
- 724 • transparentere Vergabeverfahren für Brachen
- 725 • ökologisch nachhaltige Entwicklung des Leipziger Neuseenlands und der Hafenprojekte als
- 726 naturnahe Erholungsmöglichkeiten und zugleich als Aufwertung stadtklimatischer
- 727 Bedingungen
- 728 • die ausreichende Finanzierung des Lärmaktions- und des Luftreinhalteplans sowie deren
- 729 konsequenter Umsetzung
- 730 • die Reduktion von Lichtverschmutzung im öffentlichen Raum
- 731 • ein Verbot von „Heizpilzen“
- 732 • den Schutz der Trinkwasserressourcen; kein Verkauf des Wassergutes Canitz.

### 733 3.2. Leben in einer Grünen Stadt

734 In einer stark wachsenden Kommune wie Leipzig nimmt der Nutzungsdruck in den von Stadtgrün  
 735 und Gewässern geprägten Freiräumen zu. Diese Freiflächen sind jedoch wichtig, da sie als  
 736 Belüftungsachsen fungieren. Außerdem sorgen die begrünten Flächen für einen Kühleffekt für die  
 737 „Wärmeinsel Stadt“. Sollten diese Flächen verschwinden, fehlen wichtige Entwicklungsräume für  
 738 Pflanzen sowie Rückzugsräume und Futterstellen für viele Tierarten. Umso wichtiger sind Erhalt und  
 739 Pflege der 270 Leipziger Kleingartenanlagen, die sich zumeist im Eigentum der Stadt befinden und  
 740 einen zentralen Baustein im Grünsystem der Stadt bilden. Auch die Landwirtschaftsflächen in  
 741 Leipzig sind zu erhalten. Diese Flächen dienen neben der Produktion von Nahrungsmitteln auch der  
 742 Erhaltung der Biodiversität, dem Klimaschutz und mit Wald- und Wasserflächen einer  
 743 Raumgliederung, die für die Naherholung eine wichtige Funktion hat. Auch Wild- und Haustiere  
 744 bedürfen unseres Schutzes. Haustiere müssen artgerecht gehalten und angemessen versorgt  
 745 werden.

746 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 747 • eine frühzeitige Festschreibung von zu schützenden Grünflächen im Flächennutzungsplan
- 748 • Vorhalten kommunaler Gelder zum Erwerb von schützenswerten Flächen
- 749 • die Errichtung von zusätzlichen Parks und Naherholungsgebieten
- 750 • die Bereitstellung der nötigen Finanzmittel für den Erhalt des Auwaldes, des Wildparks sowie
- 751 denkmalgeschützter Parkanlagen
- 752 • die Verhinderung weiterer baulicher Eingriffe im Leipziger Auwald
- 753 • die Gewährleistung einer natürlichen Überflutung des Leipziger Auwaldes
- 754 • eine Entwicklung von Gärten zu Oasen der Biodiversität und Artenvielfalt
- 755 • die weitere Unterstützung der Kleingartenvereine bei der Entwicklung und dem Erhalt ihrer
- 756 Anlagen zu Zentren der Naherholung und der aktiven Freizeitgestaltung
- 757 • ein Konzept zur Biotopvernetzung für das gesamte Stadtgebiet
- 758 • für die Vermittlung ökologischer Bildungsangebote
- 759 • die konsequente Umsetzung und Finanzierung des Straßenbaumkonzepts der Stadt Leipzig
- 760 • die ausreichende Finanzierung für die Unterbringung und Versorgung von Fundtieren,
- 761 • die qualitative und quantitative Aufwertung von Freiflächen für Hunde, zum Beispiel durch
- 762 Hundetoiletten
- 763 • ein stärkeres Engagement gegenüber dem Freistaat Sachsen für die Einführung einer
- 764 allgemeinen Chippflicht für Hunde und für ein Verbandsklagerecht im Tier- und Naturschutz.

### 765 3.3. Freiräume erhalten und Bauflächen verantwortungsvoll nutzen

766 In unserer wachsenden Stadt gibt es einen enormen Bedarf an Neubauf Flächen für Wohn- und  
 767 Gewerbeimmobilien bzw. öffentliche Einrichtungen. Schon heute ist die Zahl der vorhandenen  
 768 Freiflächen in Leipzig gesunken. Nach dem Prinzip der „Stadt der kurzen Wege“ ist eine  
 769 Nachverdichtung der bestehenden Bebauung wichtig, jedoch nicht um jeden Preis. Es bedarf einer  
 770 gründlichen Prüfung, unter Einbeziehung der Leipzigerinnen und Leipziger, ob die Freiräume für eine  
 771 Bebauung aufgegeben werden sollen bzw. müssen. Mit den neu versiegelten Flächen müssen wir  
 772 somit besonders verantwortlich umgehen. Dabei muss eine ausgewogene Mischung verschiedener  
 773 Nutzungsformen im Vordergrund stehen.

774 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 775 • die Prüfung sämtlicher Grünflächen nach ihrem ökologischen, klimatischen und sozialen
- 776 Wert für das jeweilige Stadtviertel
- 777 • ein ausgeglichenes Verhältnis von Ver- und Entsiegelung neuer Bodenflächen
- 778 • den Erhalt von Gewerberäumen auch in innerstädtischen Lagen
- 779 • die vertikale Nutzungsmischung von Wohn- und Gewerbeeinheiten
- 780 • die grundsätzlich mehrgeschossige Bebauung von Baulücken
- 781 • die Berücksichtigung grüner Architektur beim Neubau von öffentlichen Einrichtungen und für
- 782 den Bau von Null-Emissionshäusern, wo es technisch machbar und wirtschaftlich plausibel ist
- 783 • die Konzentration der Siedlungsentwicklung auf das direkte Umfeld von Stationen des ÖPNV
- 784 und die Stärkung der Stadtteil-Zentren an den Haltestellen des ÖPNV
- 785 • die Förderung der Vielzahl kleiner Leipziger Läden in den Wohngebieten für eine
- 786 wohnortnahe Versorgung
- 787 • die ganztägige öffentliche Nutzung von städtischen Flächen, wie z. B. Schulhöfen.

### 788 3.4. Soziale Bodenpolitik kontra Grundstücksspekulation

789 Die Spekulation mit Grundstücken lässt die Bodenpreise explodieren. In der aktuellen  
 790 Niedrigzinsphase bieten Immobilien und Grundstücke attraktive Anlagemöglichkeiten,  
 791 mit der Folge dramatischer Preissteigerungen. Seit 2015 haben sich die Bodenpreise in Leipzig  
 792 vervielfacht. Die Erlöse aus dem Verkauf werden von den Eigentümerinnen und Eigentümern als  
 793 leistungsloser Gewinn eingestrichen, während der Neubau bezahlbarer Wohnungen und  
 794 Gewerberäume kaum noch möglich ist. Noch verfügt Leipzig über eigene Flächen, die für den Bau  
 795 bezahlbarer Wohnungen und für eine soziale Stadtentwicklung genutzt werden können. Flächen im  
 796 öffentlichen Eigentum müssen jedoch öffentliches Eigentum bleiben. Sie dürfen nur noch in  
 797 Ausnahmefällen im Erbbaurecht an Dritte vergeben werden. Mit dem spekulativen Leerstand des  
 798 Bodens lässt sich mittlerweile mehr Geld verdienen als mit der Bebauung von Freiflächen. Um  
 799 Spekulationen zu stoppen und die Bodenpreise zu stabilisieren, ist ein Umdenken in der  
 800 kommunalen Bodenpolitik notwendig.

801 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 802 • eine strategische Liegenschaftspolitik, bei der für die Entwicklung der öffentlichen
- 803 Daseinsvorsorge benötigte Flächen frühzeitig angeboten werden
- 804 • den konsequenten Ankauf von Grundstücken und Gebäuden, die von der Bundesanstalt für
- 805 Immobilienaufgaben zum Verkauf gestellt werden
- 806 • eine Quote von mindestens 50 % Sozialwohnungen mit einer möglichst langen
- 807 Belegungsbindung beim Neubau von Stadtquartieren

- 808 • die Förderung einer aktiven Bodenvorratspolitik durch die Bereitstellung eines Leipziger
- 809 Bodenfonds
- 810 • einen Verkaufsstopp städtischer Grundstücke an private und rein profitorientierte Investoren
- 811 • die Stärkung und den Ausbau öffentlicher Beteiligungsprozesse bei der Stadtentwicklung
- 812 • die Unterstützung von Non-Profit-Organisationen, wie z. B. dem Mietshäuser Syndikat
- 813 • die Bereitstellung öffentlicher Freiflächen für gemeinnützige Nachbarschaftsgärten sowie
- 814 die vertragliche Festschreibung einer garantierten Nutzungsdauer
- 815 • eine bauliche und soziale Stabilisierung benachteiligter Ortsteile wie Volkmarsdorf oder
- 816 Schönefeld

### 817 **3.5. Global denken – lokal Handeln**

818 Der wachstumsfixierte Kapitalismus erzeugt weltweit vielfältige, sich zuspitzende Krisen. Wir leiten  
 819 daraus ab, in Leipzig das Motto „Global denken – lokal handeln“ stärker als bisher mit Leben zu  
 820 erfüllen. Globales Denken heißt für uns, gegen die zahlreichen Missstände und  
 821 Ausbeutungsstrukturen zu kämpfen, die der neoliberale Kapitalismus vor allem im globalen Süden  
 822 erzeugt und von denen wir – wenngleich unterschiedlich stark – profitieren. Lokales Handeln heißt  
 823 für uns, aus dieser strukturellen Ungerechtigkeit konkrete und lokale politische Konsequenzen zu  
 824 ziehen. Eine Maßnahme besteht im substanziellen Ausbau lokaler Produktions- und  
 825 Vertriebsstrukturen, um umweltschädliche Transporte zu verringern und lokale Unternehmen zu  
 826 stärken. Wir begrüßen daher die Gründung eines Ernährungsrats in Leipzig. Weiterhin nehmen wir  
 827 mit Freude zur Kenntnis, dass Leipzig eines der Zentren der größer werdenden  
 828 Postwachstumsbewegung ist. Auch hier werden wir uns künftig stärker an Diskussionen beteiligen,  
 829 die die Überwindung der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft zum Ziel haben. Nachhaltige  
 830 Stadtentwicklung bedeutet für uns auch, die Stadt-Umland-Kooperation zu stärken, denn  
 831 Stadtentwicklung hört nicht an den Stadtgrenzen auf.

832 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 833 • einen eigenen Fördertopf „sozial-ökologische Stadtentwicklung“, aus dem entsprechende
- 834 Initiativen möglichst aufwandsarm Fördermittel beantragen können
- 835 • eine kommunale Unterstützung des Leipziger Ernährungsrats
- 836 • eine stärkere Regionalisierung von Wirtschafts- und Warenkreisläufen
- 837 • den Erhalt und die Förderung landwirtschaftlicher Nutzungsflächen, insbesondere den
- 838 ökologischen Landbau im Stadtgebiet
- 839 • einen besseren ÖPNV zwischen Leipzig und dem Umland, um den Autopendlerverkehr zu
- 840 reduzieren
- 841 • mehr Kooperation mit dem Umland auf Augenhöhe, insbesondere beim Hochwasserschutz
- 842 und im Touristikbereich (Neuseenland).

### 843 **4. Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen**

844 Wohnen ist bei einem Mieteranteil von knapp 90 Prozent der Bevölkerung derzeit in Leipzig neben  
 845 fehlenden Schul- und Kitaplätzen das soziale Hauptthema. Der Wohnungsmarkt ist inzwischen sehr  
 846 angespannt und von zwei zentralen Problemen charakterisiert: Erstens finden in verschiedenen  
 847 Stadtgebieten signifikante Verdrängungsprozesse (Gentrifizierung) statt, die in wachsendem Maße  
 848 zu sozialen Ausdifferenzierungen (Segregation) führen. Zweitens wächst beständig der Mangel an

846 bezahlbaren Wohnungen, insbesondere für einkommensarme Haushalte. Die Leipziger LINKE ist die  
 847 Partei der Mieterinnen und Mieter und setzt sich vor allem dafür ein, dass möglichst schnell  
 848 preiswerte Wohnungen in allen Stadtteilen bereitgestellt und der Preisanstieg bei  
 849 Bestandswohnungsmieten gedämpft werden. Wir werden uns gegenüber Bund und Land für eine  
 850 neue Offensive im sozialen Wohnungsbau einsetzen.  
 851 Leipzig zählte in den vergangenen Jahren zu den am schnellsten wachsenden Großstädten der  
 852 Bundesrepublik. Auf Grund der Bevölkerungsprognose ist mit einem Mehrbedarf von zusätzlich  
 853 30.000 bis 60.000 Wohnungen bis 2030 zu rechnen. Die Leerstandsquote ist innerhalb der letzten  
 854 sieben Jahre von 12 Prozent auf zwei Prozent gesunken. Sollte der Leerstand weiter sinken, droht die  
 855 Umzugsmobilität innerhalb Leipzigs zum Erliegen zu kommen. Allein im Jahr 2017 betrug der  
 856 Gesamtumsatz des Leipziger Liegenschaftsmarktes 2,8 Mrd. Euro. Zum Vergleich dazu: im Jahr  
 857 2010 waren es „nur“ 960 Mio. Euro. Der Druck der Immobilienpreise wird weiter die  
 858 Angebotsmieten und Bestandsmieten in die Höhe treiben. Zuvorderst trifft das die Mieterinnen und  
 859 Mieter dieser Stadt.

#### 860 **4.1. Bezahlbare Mieten für alle!**

861 In den Ballungsräumen Deutschlands versagen die Marktmechanismen, ausreichenden Wohnraum  
 862 zu gewährleisten. Aus Sicht der LINKEN muss die Stadt Leipzig alles dafür tun, damit Wohnen für  
 863 alle Leipzigerinnen und Leipziger bezahlbar bleibt. Die Gesamtmietbelastung in Leipzig beträgt  
 864 durchschnittlich 30 Prozent des Einkommens und ist damit anteilig höher als in München.  
 865 Mieterhöhungen bringen somit viele Leipzigerinnen und Leipziger an ihre ökonomischen Grenzen.

866 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 867 • die konsequente Ausrichtung der gesamten Stadtverwaltung Leipzig, die sich anbahnende  
 868 Wohnungsnot entschieden zu bekämpfen
- 869 • die zügige Einführung sozialer Erhaltungssatzungen, worin Sozialpläne zu integrieren sind
- 870 • Kündigungsschutzklausel-Verordnungen für notwendige Stadtgebiete, um die Mieterinnen  
 871 und Mietern besser vor Verdrängung und Entmietung zu schützen
- 872 • die umfassende Anwendung einer funktionierenden Mietpreisbremse beim Abschluss von  
 873 Mietverträgen
- 874 • die Anpassung der Kosten der Unterkunft aller zwei Jahre an die reelle  
 875 Wohnkostenentwicklung
- 876 • eine Clearingstelle zwischen Mieter und Vermieter sowie eine unabhängige,  
 877 niedrigschwellige kostenfreie Mieterberatung, die durch die Stadt finanziert wird
- 878 • die konsequente Bekämpfung von spekulativem Leerstand durch geeignete Maßnahmen wie  
 879 die Einführung eines Leerstandkatasters sowie Geldbußen für Eigentümer, die Wohnungen  
 880 länger als ein Jahr grundlos leer stehen lassen
- 881 • kooperative, selbstbestimmte und solidarisch agierende Wohnformen wie z. B. Wagenplätze
- 882 • die weitere Einschränkung des Rechts auf Eigenbedarfskündigungen
- 883 • bessere Möglichkeiten des dezentralen Wohnens für Asylsuchende und Geflüchtete
- 884 • die Durchsetzung strikter Verbote von Zweckentfremdungen.

#### 885 **4.2. Gesellschaftliche Verantwortung der LWB stärken**

886 Die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft ist mit ihren rund 35.000 Wohneinheiten stadtweit das  
 887 größte Wohnungsunternehmen und damit der wichtigste wohnungspolitische Hebel, über den die

888 Kommune verfügt. Verkaufsabsichten wie in den 2000er Jahren, auch von Teilbeständen, lehnen wir  
889 kategorisch ab. Wir wollen die LWB weiter stärken und zugleich in die Pflicht nehmen.

890 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 891 • die Planung der LWB ohne Unternehmensgewinne (kein positives Geschäftsergebnis)
- 892 • die Tauglichkeit von 50 Prozent des LWB-Wohnungsbestandes für Kosten der Unterkunft
- 893 • ein Zwangsäumungsmoratorium für Mieterinnen und Mieter der LWB (Housing-First); in  
894 problematischen Fällen müssen sämtliche Hilfesysteme herangezogen werden
- 895 • die Erweiterung des Wohnungsbestandes auf über 40.000 Wohneinheiten; vorrangig soll die  
896 Erweiterung in jenen Stadtbezirken erfolgen, in denen der Anteil der LWB-Wohnungen  
897 derzeit unter fünf Prozent liegt. Für die Erreichung dieses Zieles soll die Stadt Leipzig die  
898 LWB auch finanzielle unterstützen.
- 899 • dass Sanierungsmaßnahmen neben energetischen Effekten auch auf die Senkung der  
900 Bewirtschaftungskosten abzielen; dabei sind die Mieterinnen und Mieter einzubeziehen und  
901 Modernisierungsvereinbarungen mit ihnen abzuschließen
- 902 • dass der Mieterbeirat einen Sitz im LWB-Aufsichtsrat erhält, um die Rechte der Mieterinnen  
903 und Mieter zu stärken.

#### 904 **4.3. Wohnungsgenossenschaften – wichtige Partner**

905 Die Leipziger LINKE unterstützt den Genossenschaftsgedanken. Die Wohnungsgenossenschaften  
906 sehen wir als originäre Partner bei der Lösung der Wohnungsfrage in Leipzig an. Die Vergangenheit  
907 hat gezeigt, dass die Wohnungsgenossenschaften einen wesentlichen Anteil an der Bereitstellung  
908 von bezahlbaren und attraktiven Wohnungen leisten und weit darüber hinaus Verantwortung für das  
909 Wohnumfeld nehmen.

910 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 911 • die Institutionalisierung eines regelmäßigen Gedankenaustauschs zwischen  
912 Wohnungsgenossenschaften und Stadtverwaltung
- 913 • die intensive Einbindung der Wohnungsgenossenschaften bei der Weiterentwicklung der  
914 sozialen, verkehrlichen und öffentlichen Infrastruktur in genossenschaftlich geprägten  
915 Wohnquartieren
- 916 • die Bereitstellung städtischer Grundstücke für vorrangig gemeinnützigen  
917 genossenschaftlichen Geschosswohnungsneubau.

#### 918 **4.4. Geschosswohnungsbau ankurbeln**

919 Die kommunalen Einflussmöglichkeiten zur Förderung des lokalen Geschosswohnungsbaus sind im  
920 Gegensatz zum Bund und zum Land überschaubar. Hier verfolgt die LINKE den Ansatz der  
921 Gemeinnützigkeit im sozialen Wohnungsbau. Neubau, Sanierungen und Modernisierung müssen auf  
922 die langfristige Bedarfsdeckung von bezahlbaren Wohnungen für alle, insbesondere aber für  
923 Haushalte mit geringem bis mittlerem Einkommen angelegt sein.

924 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 925 • die Präferenzierung von Geschosswohnungsbau vor Einfamilienhausbau bei der kommunalen  
926 Planung neuer Wohngebiete, da bei gleichem Planungsaufwand deutlich mehr Wohnungen  
927 entstehen und die öffentliche Infrastruktur effizient genutzt wird

- 928 • die Einführung eines Wohnbauflächeninformationssystems zur besseren Aktivierung von
- 929 Flächenpotenzialen zur Nachverdichtung
- 930 • die Unterstützung von Bauträgern, die mit verminderter Renditeerwartungen ein anderes
- 931 Investitionsklima schaffen
- 932 • die schnellstmögliche Bearbeitung von Bauanträgen für den Geschosswohnungsbau
- 933 • die Einrichtung eines gemeinwohlorientierten und revolvingenden Bodenfonds (ein Fonds,
- 934 dessen Ressourcen durch die Erlöse aus damit finanzierten Projekten aufgefüllt werden). In
- 935 den Bodenfonds sollen alle nicht unmittelbar der eigenen Aufgabenerfüllung dienenden
- 936 kommunalen Grundstücke eingebracht werden (Vorratsgrundstücke). Freigaben und
- 937 Neubedarfe von Grundstücken werden zwischen dem Bodenfonds und den städtischen
- 938 Nutzerressorts am Verkehrswert orientiert verrechnet.
- 939 • die Vergabe sämtlicher kommunale Grundstücksvergaben nach einem Konzeptverfahren in
- 940 Erbbaupacht
- 941 • die intensivere Einbindung der Leipziger Entwicklungs- und Sanierungsgesellschaft zur
- 942 kommunalen Grundstücksentwicklung, damit eingenommene Erträge in andere kommunale
- 943 Bauprojekte reinvestiert werden können
- 944 • die Renaissance des standardisierten Bauens in industrieller Fertigteilbauweise bei mittleren
- 945 und größeren Wohnungsbauprojekten
- 946 • die vermehrte Anwendung von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen in Gebieten mit
- 947 besonderer Bedeutung für Leipzig.

#### 948 **4.5. Standards im Geschosswohnungsbau halten**

949 Leipzig weist eine zum Teil hohe städtebauliche Qualität auf. Dies ist nicht nur Vermächtnis,  
 950 sondern Verantwortung zugleich. Mit der anwachsenden Bautätigkeit steigt auch die kommunale  
 951 Verantwortung, die Marktmechanismen beim Wohnungsbau zu regulieren. DIE LINKE setzt sich für  
 952 bedarfsorientierten und qualitätvollen Geschosswohnungsbau ein, der den Renditeerwartungen  
 953 des Marktes oftmals entgegensteht.

954 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 955 • deutlich mehr Bauleitverfahren, um die städtebaulichen Ziele rechtlich sicher
- 956 umsetzen zu können
- 957 • eine Kooperative Baulandentwicklung bei allen Bebauungsplänen mit
- 958 Geschosswohnungsbau mit dem Ziel, sozialen Wohnungsbau in Höhe von mindestens 50 %
- 959 festzulegen
- 960 • eine Orientierung der städtebaulichen Dichte an den Freiflächenbedarfen von Familien und
- 961 Kindern
- 962 • verbindliche Vereinbarungen zu Wohnungsgrößen, transferleistungstauglichen Grundrissen
- 963 und zu Baugeboten in städtebaulichen Verträgen
- 964 • die umfängliche Ausschöpfung der sächsischen Richtlinie zur Förderung der Schaffung von
- 965 mietpreis- und belegungsgebundenen Mietwohnungen
- 966 • die Ergänzung der Landesmittel um einen kommunalen Zuschuss, der die Angebotsmiete bei
- 967 Neubauten weiter reduziert
- 968 • eine ausreichende städtische Förderung für alters- und behindertengerechte Anpassungen
- 969 von Wohnungen.

#### 970 **4.6. Kampf gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit**

971 Eine stabile und sichere Unterkunft ist für DIE LINKE die Ausgangsbasis zur Lösung aller weiteren  
 972 individuellen Probleme bei Wohnungs- und Obdachlosigkeit („Housing First“). Das Halten bzw. die  
 973 Anmietung eigenen Wohnraums muss im Mittelpunkt stehen.

974 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 975 • die Erweiterung der kommunalen Sozialplanung, um das Thema Wohnungs- und  
 976 Obdachlosigkeit und deren umfassende Untersuchung
- 977 • einen „Leipziger Wohnungsnotbericht“, der Daten über Räumungsklagen, Kündigungen,  
 978 Umzugsaufforderungen durch das Jobcenter und tatsächlich erfolgte Räumungen enthält
- 979 • eine städtische Übernahme von Mietkautionen/Bürgschaften bei den Fällen, wo das  
 980 Jobcenter nicht handelt
- 981 • die stabile finanzielle Absicherung jener Träger, die die kommunale Pflichtaufgabe zur  
 982 Betreuung und Unterbringung von benachteiligten Gruppen auf den Wohnungsmarkt  
 983 übernehmen
- 984 • die zügige Umsetzung weiterer niedrigschwelliger Modellvorhaben für Wohnungslose und  
 985 von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen, um ein langfristiges Wohnen jenseits der  
 986 Notunterkunft zu ermöglichen
- 987 • die unbedingte Verhinderung von Zwangsräumungen auf die Straße ohne Bereitstellung  
 988 einer angemessenen Notfallwohnung
- 989 • mehr kommunale Mittel für den kurzfristigen Ankauf von dringend benötigten Mietpreis- und  
 990 Belegungsbindungen.

#### 991 **5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt**

992 Mobilität bedeutet für DIE LINKE Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobil zu sein heißt für uns,  
 993 die Orte des Lebens (Arbeit, Schule, Freizeit, Einkauf usw.) mit wenig Aufwand an Zeit, Geld und  
 994 Energie gut zu erreichen. Wir wollen den Umweltverbund aus Fußverkehr, Fahrrad und öffentlichem  
 995 Nahverkehr stärken und die Stadt so gestalten, dass niemand mehr auf ein eigenes Auto  
 996 angewiesen ist. Im Mittelpunkt steht für uns deshalb das öffentliche Mobilitätsangebot. Mobilität ist  
 997 Daseinsvorsorge!

998 In den letzten Jahren konnte der Umweltverbund aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr in Leipzig weiter  
 999 an Bedeutung gewinnen. Trotzdem gibt es noch immer einen konstant hohen Anteil an Autoverkehr.  
 1000 Um unser Ziel von sauberer Luft und leiseren Straßen zu erreichen, setzen wir weiterhin auf die  
 1001 Stärkung des Umweltverbundes. Das bedeutet vor allem Kampf um eine auskömmliche  
 1002 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs, Ausbau von Fahrradwegen und endlich eine  
 1003 Verbesserung der Fußwege. Mammutprojekte wie den Ausbau des Flughafens zum zentralen  
 1004 Frachtflughafen der Bundesrepublik werden wir nicht unterstützen.

#### 1005 **5.1. Öffentlichen Personennahverkehr stärken**

1006 Vorfahrt für Bus und Bahn – dafür wird DIE LINKE auch künftig konsequent streiten. In einer  
 1007 Großstadt mit über 600.000 Einwohnern gibt es dazu keine Alternative, wenn wir Umwelt- und  
 1008 Lebensqualität sowie Teilhabe für alle wollen. Dazu brauchen wir vor allem ein leistungsfähiges,  
 1009 solide finanziertes Nahverkehrsunternehmen in kommunaler Hand, welches attraktiv in Netz,  
 1010 Fahrpreis und Fahrzeugen unterwegs ist. Neue Wege der Finanzierung müssen nach jahrelangen



1011 Diskussionen und Untersuchungen nun auch endlich in Angriff genommen werden. Neben der  
 1012 Einforderung der Verantwortung von Bund und Land muss auch die Stadt selbst zusätzliches Geld,  
 1013 über die Querfinanzierung durch die LVV hinaus, bereitstellen.

1014 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1015 • ein solidarisch finanziertes Bürgerticket, das allerdings durch einen entsprechenden  
 1016 Bürgerentscheid legitimiert werden sollte
- 1017 • eine kostenlose ÖPNV-Nutzung für alle unter 18 Jahren und von Altersarmut betroffene  
 1018 Seniorinnen und Senioren ab 70 Jahren, um ihnen ein autofreies Leben zu ermöglichen
- 1019 • eine Umgestaltung des Hauptbahnhofsvorplatzes mit Vorrang für Straßenbahn und  
 1020 Fußgänger
- 1021 • die Erweiterung des Straßenbahnnetzes bis an die Stadtränder
- 1022 • eine bessere ÖPNV-Anbindung der Ortsteile, neuer Wohngebiete und touristischer Ziele, z.  
 1023 B. durch Verlängerung der Linien 11 und 9
- 1024 • eine dichtere Taktung von Straßenbahnen und Bussen
- 1025 • den Ausbau des Busnetzes für eine bessere Anbindung von Wohnquartieren
- 1026 • eine schrittweise Umrüstung der Busflotte auf Elektromobilität
- 1027 • den Erhalt und die Preisstabilität der LeipzigPass-Mobilcard
- 1028 • die Sicherung stabiler, solider Finanzierungsgrundlagen für den ÖPNV, insbesondere für  
 1029 einen auskömmlichen Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag
- 1030 • autofreie Sonntage im Stadtgebiet und gleichzeitige kostenlose Nutzung des ÖPNV
- 1031 • die Erstattung von Bahn- und Bustickets durch den Einzelhandel, anstelle von Rabatten auf  
 1032 Parkgebühren.

## 1033 5.2. Fußverkehr fördern

1034 Zu Fuß unterwegs zu sein, ist gesund und umweltfreundlich. Fußgänger beleben den öffentlichen  
 1035 Raum, sie befördern die Attraktivität der Großstadt ebenso wie subjektives Sicherheitsempfinden.  
 1036 In einer dicht bebauten, kompakten Stadt wird der Fußverkehr zunehmend ein wichtiger Teil der  
 1037 Mobilität. Leider ist der Anteil der Wege, die zu Fuß bewältigt werden, in den letzten Jahren  
 1038 zurückgegangen. Offensichtlich gibt es Hindernisse und Bedingungen, die das Zu-Fuß-Gehen  
 1039 unattraktiv machen, so steht z. B. die Forderung nach breiten Fußwegen oft in Konkurrenz mit dem  
 1040 Bedarf nach Stellplätzen. Fußgänger sind die „schwächsten“ Verkehrsteilnehmer und im  
 1041 öffentlichen Raum vielfach besonders benachteiligt. Für sie gibt es in großen Teilen Nachholbedarf,  
 1042 seien es die Fußwege selbst oder auch kombinierte Fuß-/Radwege oder Straßenquerungen. Dabei  
 1043 gibt es gute Gründe, den Fußverkehr zu befördern, sei es persönliches Wohlbefinden oder die  
 1044 Vermeidung von Lärm und Schadstoffen oder die kostengünstigere Infrastruktur.

1045 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1046 • die weitere Umsetzung des Konzeptes „Stadt der kurzen Wege“
- 1047 • die Erstellung einer kommunalen Fußverkehrsstrategie (inkl. Zebrastreifenprogramm für  
 1048 neue, sichere Fußgängerüberwege)
- 1049 • die Umsetzung des Leipziger Fußwegesanierungsprogramms und die Einstellung  
 1050 ausreichender finanzieller Mittel in die jeweiligen Haushaltsplanungen
- 1051 • die Vernetzung von Fußwegen zwischen wichtigen Zielen und Einrichtungen,
- 1052 • eine gute Begehbarkeit der Fußwege auch für Menschen mit Behinderungen und die  
 1053 Beseitigung von Stolperquellen

- 1054 • die Gewährleistung der Nutzbarkeit der Wege zu allen Tages- und Jahreszeiten durch
- 1055 ausreichende Beleuchtung
- 1056 • das Eindämmen von Falschparken auf Fußwegen, z. B. durch verstärkte Kontrollen
- 1057 • ein besseres Miteinander von Fußgängern und Radfahrern
- 1058 • die konsequente Entflechtung von Fuß- und Radverkehr, insbesondere in den
- 1059 Kreuzungsbereichen
- 1060 • die Entschärfung von Baustellensituationen für Fußgänger
- 1061 • die Schaffung von Möglichkeiten zum Verweilen auf Bänken und an Fußwegen in
- 1062 Grünanlagen
- 1063 • eine gute Zu-Fuß-Erreichbarkeit des ÖPNV
- 1064 • die Verbesserung der Straßenüberquerungsmöglichkeiten, z. B. beim Überqueren des
- 1065 Innenstadtrings in einer Ampelphase
- 1066 • die konsequente Beachtung des Blindenleitsystems
- 1067 • eine Schaffung von Orientierungshilfen wie Wegweisungen oder Fußgängerstadtpläne.

### 1068 **5.3. Radverkehr ausbauen**

1069 Das Fahrrad ist inzwischen über 200 Jahre alt und ist trotzdem eines der modernsten  
 1070 Verkehrsmittel im 21. Jahrhundert. Es ist leise, gesundheitsfördernd und in einer kompakten Stadt  
 1071 wie Leipzig ein ideales Fortbewegungsmittel. Für DIE LINKE Leipzig gehört das Fahrrad zum  
 1072 unverzichtbaren Teil des Umweltverbundes. Leider ist der Anteil des Radverkehrs in den letzten  
 1073 Jahren nur leicht gestiegen, das ist vor allem den wenigen Investitionen in die Radinfrastruktur  
 1074 geschuldet. Noch immer weist das Hauptwegenetz große Lücken auf, die es zu schließen gilt.

1075 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1076 • die Bereitstellung von mindestens 15 Prozent der Straßenbauinvestitionen für die Förderung
- 1077 des Radverkehrs
- 1078 • die Erweiterung der Radfahrspuren auf allen Hauptstraßen
- 1079 • die konsequente Lückenschließung von Fahrradwegen, insbesondere um den Leipziger
- 1080 Innenstadtring
- 1081 • die Schaffung von mehr Fahrradschutzstreifen, vor allem in den Ortschaften
- 1082 • die Eindämmung des Falschparkens auf Radwegen durch verstärkte Kontrollen, z. B. auf der
- 1083 Karl-Liebknecht-Straße
- 1084 • eine kommunale Förderung von Elektro- und Lastenrädern
- 1085 • mehr Fahrradabstellmöglichkeiten und die Schaffung von Fahrradgaragen
- 1086 • einen zuverlässigen Winterdienst auf starkfrequentierten Radwegen
- 1087 • die freizeitsportgemäße Ertüchtigung der Radwege.

### 1088 **5.4. Autoverkehr vermeiden**

1089 Mit zunehmendem Bevölkerungswachstum wächst auch die Zahl der PKW in Leipzig. Schon heute  
 1090 stößt das vorhandene Straßennetz an seine Kapazitätsgrenzen. Die Hauptverkehrsstraßen sind  
 1091 dreckig und laut. Gerade einkommensschwache Haushalte leben an diesen Hauptstraßen und  
 1092 leiden an den gesundheitlichen Folgen von Lärm und Dreck. Leipzig ist eine Gründerzeitstadt und  
 1093 hat nur eingeschränkten Platz im öffentlichen Raum, welcher allen zur Verfügung stehen sollte. Um  
 1094 das Verkehrschaos dennoch zu vermeiden, ist DIE LINKE davon überzeugt, dass eine Reduzierung  
 1095 des motorisierten Individualverkehrs im Vordergrund der Politik stehen muss. Davon würden vor

1096 allem die profitieren, die auf das Auto angewiesen sind, z. B. Handwerker, soziale Dienste und  
1097 Taxen.

1098 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1099 • die Stärkung von Carsharing und die Ausweisung von Carsharing-Stellplätzen im  
1100 öffentlichen Raum
- 1101 • die Weiterentwicklung der autoarmen Innenstadt und den Verzicht auf die Ausweitung der  
1102 Einfahrtgenehmigungen
- 1103 • innovative Konzepte zur Verkehrsberuhigung in Wohnvierteln, z. B. durch Sackgassen- und  
1104 Einbahnstraßensysteme
- 1105 • Lösungen der Parkplatznot in den Wohngebieten, u. a. durch konsequentes Einrichten von  
1106 Anwohnerparkplätzen
- 1107 • den konsequenten Ausbau des Park-and-Ride-Systems
- 1108 • die Sanierung der vorhandenen Straßen statt Neubau
- 1109 • die Ausweitung von Geschwindigkeitsfestsetzungen auf 30 km/h auch auf Hauptstraßen
- 1110 • die Durchsetzung eines LKW-Durchfahrtsverbotes sofern es keine Ziele innerhalb der Stadt  
1111 gibt
- 1112 • die Prüfung neuer logistischer Möglichkeiten für die Belieferung der Handelseinrichtungen in  
1113 der City
- 1114 • eine Unterstützung der mittelständischen Unternehmen bei der mittelfristigen Umstellung  
1115 auf E-Autos
- 1116 • die konsequente Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Verkehr und öffentlicher Raum.

## 1117 **6. Wir alle sind Leipzig – Für eine aktive Bürgerstadt**

1118 Leipzig hat eine über 1000 Jahre alte, wechselvolle Geschichte. Diese ist für die Leipzigerinnen und  
1119 Leipziger identitätsstiftend. Unsere Stadt hat sich in den vergangenen Jahrhunderten als weltoffene  
1120 Bürgerstadt entwickelt, die tolerant, friedlich, engagiert und auch aufmüpfig ist. Diese Traditionen  
1121 gilt es zu bewahren und weiterzuführen. Gerade Leipzigs Vielfalt ist eine Chance für Integration und  
1122 ein friedliches Zusammenleben in der wachsenden Stadt. DIE LINKE setzt sich dafür ein, allen  
1123 Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, insbesondere jenen, die aus  
1124 ihrem Herkunftsland flüchten mussten. DIE LINKE pflegt eine aufgeschlossene Willkommenskultur.  
1125 Wir verstehen uns als konsequent weltoffene und tolerante Partei.  
1126 In Leipzig beteiligen sich die Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gestaltung des städtischen  
1127 Lebens. Ein Bürgerentscheid hatte seinerzeit den Verkauf der kommunalen Stadtwerke verhindert,  
1128 Bürgervereine und Initiativen setzen sich für die vielfältigsten Belange in ihren Ortsteilen ein.  
1129 Für eine möglichst breite Bürgerbeteiligung muss es noch bessere Rahmenbedingungen geben. Auf  
1130 Landesebene fordert DIE LINKE deshalb die Herabsetzung des Wahlalters in Kommunen auf 16  
1131 Jahre, wie es in anderen Bundesländern selbstverständlich ist. Das Kommunalwahlrecht soll auf  
1132 Landes- und Bundesebene auch für lange hier lebende Menschen ohne deutschen Pass eingeführt  
1133 werden. Das hohe Quorum für Bürgerentscheide soll in Sachsen deutlich gesenkt werden.

### 1134 **6.1. Stadtgesellschaft lebt von der Mitwirkung der Bürger – auch im digitalen Zeitalter**

1135 Von demokratischer Teilhabe lebt die Stadtgesellschaft. Das ist in Leipzig gute Tradition und das hat  
1136 in einer wachsenden Stadt auch gute Perspektiven.

1137 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1138 • die Durchführung von Bürgerentscheiden zu politisch bedeutsamen Fragen wie die
- 1139 Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV oder die Entscheidung über ein Freiheits- und
- 1140 Einheitsdenkmal in Leipzig
- 1141 • die Aufwertung der Stadtbezirksbeiräte zu Ortschaftsräten, die von den Bürgerinnen und
- 1142 Bürgern direkt gewählt werden und über konkrete Mitbestimmungsrechte verfügen
- 1143 • die verbindliche Berücksichtigung von Belangen der Ortschaftsräte im Stadtrat
- 1144 • eine angemessene und wirksame Budgetverwaltung für Stadtbezirksbeiräte bei
- 1145 Stadtteilverhaben
- 1146 • die Einführung eines funktionsfähigen und verbindlichen Bürgerhaushaltes und eines
- 1147 öffentlich nachvollziehbaren Haushaltsrechners
- 1148 • für eine transparente und bürgerfreundliche Informationspolitik der Stadtverwaltung

1149 Die Zahl der in Leipzig lebenden Migrantinnen und Migranten wächst. Aber nicht nur  
 1150 Geflüchtete, sondern vor allem Menschen aus EU-Staaten und Familienangehörige von  
 1151 bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten finden den Weg in die Stadt, um hier zu leben.  
 1152 Diese Entwicklung stellt sowohl Chance als Herausforderung dar. Dabei müssen Barrieren und  
 1153 Hemmnisse abgebaut werden, um ein friedliches, vielfältiges Zusammenleben aller Menschen in der  
 1154 Stadt zu ermöglichen.

1155 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1156 • die weitere Stärkung des Migrantenbeirats und die Schaffung der Möglichkeit der direkten
- 1157 Wahl der Mitglieder des Beirats
- 1158 • die Förderung, Vernetzung und Qualifizierung von Selbstorganisationen, interkulturellen
- 1159 Vereinen und (Ehrenamts)Initiativen der Geflüchteten-Unterstützung
- 1160 • die Stärkung und Förderung von Beratungsstellen, die im Bereich der Antidiskriminierung,
- 1161 des Antirassismus und der Unterstützung von Opfern rechter Gewalt arbeiten
- 1162 • den konsequenten Einsatz der Stadt Leipzig gegen Antisemitismus, Rassismus und anderen
- 1163 Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit durch öffentliche Positionierung
- 1164 sowie die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten.

1165 Die Digitalisierung erfasst immer mehr individuelle Lebensbereiche. Für einen Großteil der  
 1166 Menschen bringt die Digitalisierung Erleichterungen im Alltag, andere jedoch – insbesondere ältere  
 1167 Menschen – können mit ihr kaum Schritt halten. Das Konzept der Smart City birgt darüber hinaus  
 1168 die Gefahr, das urbane Alltagsleben immer mehr technokratisch zu beeinflussen oder den  
 1169 Datenschutz auszuhöhlen.

1170 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1171 • barrierefreiere Online-Zugänge zur Stadtverwaltung, auch für Menschen mit geringen
- 1172 technischen und sprachlichen Kenntnissen
- 1173 • ein kostenloses WLAN im gesamten Leipziger Stadtgebiet
- 1174 • einen politisch verbindlichen Leitfaden zur digitalen Transformation der Stadt Leipzig
- 1175 • den Aufbau lokaler und dezentralisierter Online-Dienste und Apps gegen die Abhängigkeit
- 1176 von marktbeherrschenden Technologieunternehmen
- 1177 • Städtezusammenschlüsse zur Realisierung digitaler Bürgerprojekte.

## 1178 **6.2. Leipzig schreibt lebendige Geschichte**

1179 DIE LINKE ist den historisch gewachsenen demokratischen Traditionen unserer Stadt, insbesondere  
 1180 der Geschichte der Arbeiterbewegung, der Frauenbewegung, der Turn- und Sportbewegung und der  
 1181 Entwicklung der Kleingartenvereine verpflichtet. Die revolutionären sozialdemokratischen  
 1182 Traditionen in unserer Stadt wollen wir durch ein angemessenes Andenken an ihre Mitbegründer  
 1183 August Bebel und Wilhelm Liebknecht ehren.

1184 Das Andenken an den vielfältigen Widerstand gegen das Naziregime verpflichtet uns besonders in  
 1185 der heutigen Zeit. Gerade angesichts der rechtspopulistischen Verharmlosung der Verbrechen des  
 1186 Faschismus wollen wir Orte des Gedenkens an Strukturen und Opfer, aber auch an den  
 1187 antifaschistischen Widerstand stärker betonen.

1188 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1189 • die Förderung von generationsübergreifender Geschichtsarbeit, bei denen die Aufarbeitung
- 1190 des Faschismus im Mittelpunkt steht
- 1191 • eine eigene Erinnerungskultur an die Opfer rechter Gewalt der Gegenwart.

1192 Der Umgang mit Gedenk- und Erinnerungsorten sowie die Benennung von Straßen, Plätzen und  
 1193 Schulen sind ein wichtiger Gegenstand identitätsstiftender Erinnerungskultur. Geschichte ist so  
 1194 nicht nur in den Museen, sondern im gesamten Stadtbild erlebbar. Unsere Stadt braucht diese Orte,  
 1195 um lebendig zu sein. Dabei ist Stadtgeschichte nicht allein die Geschichte der historischen  
 1196 Kernstadt. Sie ist auch die Geschichte der Stadt- und Ortsteile, die im Kontext zur Gesamtstadt  
 1197 steht.

1198 DIE LINKE setzt sich für eine Betrachtung der Vergangenheit aus verschiedenen Perspektiven und  
 1199 für eine offene Diskussion historischer Fragen ein. Einseitige Sichtweisen und verordnete  
 1200 Gedächtnisse haben es längst verdient, pluraler Erinnerungskultur zu weichen. Das gilt besonders  
 1201 für die unvollendete Revolution von 1989, die nun dreißig Jahre zurückliegt. Die Zahl derjenigen  
 1202 wächst, die keine eigene Erinnerung mehr damit verbinden. Es ist endlich an der Zeit, dass  
 1203 Bürgerinnen und Bürger selbst über ein Einheits- und Freiheitsdenkmal in Leipzig entscheiden.  
 1204 Dafür setzen wir uns weiterhin ein.

## 1205 **6.3. Kultur auf allen Ebenen**

1206 Das wertvolle und in seiner Vielfalt einmalige Kulturleben Leipzigs muss erhalten und entwickelt  
 1207 werden. Dazu sollen Verlässlichkeit und hinreichende Zuschüsse für die Stabilität bewährter  
 1208 Strukturen im Bereich der Eigenbetriebe Kultur sorgen.

1209 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1210 • eine stabile Zuschussvereinbarung der Stadt Leipzig mit ihren Eigenbetrieben Kultur
- 1211 • die finanzielle Absicherung der städtischen Kultureinrichtungen
- 1212 • die Vertiefung der Zusammenarbeit der großen Häuser mit Schulen, Bildungseinrichtungen
- 1213 und der Freien Szene
- 1214 • sozialverträgliche Eintrittspreise
- 1215 • die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Subunternehmen der
- 1216 Eigenbetriebe Kultur (z. B. Garderobe, Sicherheitspersonal)
- 1217 • eine Verdopplung des Etats für die Freie Szene und eine dynamische Erhöhung dieses Etats
- 1218 um jährlich fünf Prozent.

1219 Das Schwerpunktthema kulturelle und ästhetische Bildung muss weiterentwickelt werden. Kinder  
 1220 und Jugendliche brauchen Teilhabe an Kultur. Ohne sie fehlen ihnen wichtige Kompetenzen. Das  
 1221 kann nicht nur einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben entgegenwirken,  
 1222 sondern begünstigt letztlich sogar Ausgrenzung. Deswegen muss Kultur allen möglichst überall in  
 1223 der Stadt zugänglich gemacht werden.

1224 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1225 • freien Eintritt für alle Dauerausstellungen der städtischen Museen
- 1226 • die Einrichtung eines zusätzlichen Budgets und eine spezifische Fachförderrichtlinie für die  
 1227 Zusammenarbeit von Freien Kulturakteurinnen und -akteuren mit Bildungseinrichtungen wie  
 1228 Kitas, Schulen und Horten
- 1229 • die Umsetzung der Richtlinie Kunst am Bau bei allen kommunalen Bauvorhaben, besonders  
 1230 bei Schulen und Kitas
- 1231 • die Umsetzung einer Strategie für Kunst im öffentlichen Raum
- 1232 • kulturelle Vielfalt und Diversität als Bereicherung für unsere Stadtgesellschaft
- 1233 • den Ausbau von kulturellen Bildungs- und Vermittlungsangeboten, einschließlich der  
 1234 entsprechenden Honorare für die unterschiedlichen Zielgruppen unserer zunehmend  
 1235 diversen Stadtgesellschaft sowie die Stärkung und Förderung von kulturellen Vorhaben von  
 1236 Migrantinnen und Migranten
- 1237 • die Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommunaler Einrichtungen und  
 1238 Tochtergesellschaften im Bereich interkulturelle Kompetenz.

1239 Um kulturelle Vielfalt zu sichern, brauchen Kulturschaffende Räume. Diese werden in Leipzig aber  
 1240 zunehmend knapp und teuer. Stadteigene Gebäude sollen je nach aktuellem und langfristigen  
 1241 Bedarf kulturell weiter genutzt werden. Dazu zählen auch leerstehende Gebäude wie ehemalige  
 1242 Gemeindeämter, Rathäuser und Bibliotheken. Diese müssen dazu in städtischer Hand bleiben.

1243 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1244 • beteiligungsorientierte und nachbarschaftsorientierte Konzepte wie die Nutzung des „Kinos  
 1245 der Jugend“ als Soziokulturelles Zentrum und der „Ostwache“ als Raum für Kulturschaffende
- 1246 • einen Maßnahmenplan, um preiswerte Atelier- und Probenräume langfristig in Leipzig zu  
 1247 sichern
- 1248 • ein Konzept zur Umnutzung von kommunalen Gebäuden in Atelierräume, um Leipzig als  
 1249 Kunstort zu erhalten und die Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern bei der  
 1250 Raumsuche
- 1251 • die Sanierung des Bandhaus 2.0 der Bandcommunity, um mehr Proberäume zu schaffen und  
 1252 Schäden am Gebäude zu verhindern.
- 1253 • die Unterstützung bei der Realisierung eines Filmkunsthauses, um Filmkunst langfristig in  
 1254 Leipzig zu sichern
- 1255 • die finanzielle Absicherung des traditionsreichen DOK-Filmfestivals.

1256 Für DIE LINKE heißt Digitalisierung vor allem auch Medienbildung. Wir brauchen dafür  
 1257 pädagogische Konzepte und die entsprechende Ausstattung von Schulen und kulturellen  
 1258 Einrichtungen. Wir wollen digital erlebbare Museen. Die Volkshochschule und die städtischen  
 1259 Bibliotheken sollen an dieser Entwicklung beteiligt werden und Weiterbildungen speziell für  
 1260 Pädagoginnen und Pädagogen anbieten. In der wachsenden Stadt müssen wir die Bibliotheken  
 1261 erhalten. Denn eine Gesellschaft ohne Bibliotheken hat keine Zukunft.

1262 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1263 • die Digitalisierung des Bestandes der Museen
- 1264 • ein Nutzungskonzept eCulture
- 1265 • den Ausbau der Stadtteilbibliotheken in Paunsdorf, Schönefeld, am Runkiplatz und in der
- 1266 Südvorstadt nach dem Vorbild der Georg-Maurer-Bibliothek in Plagwitz
- 1267 • den Erhalt der Bibliothek in Holzhausen
- 1268 • die Ausstattung der Bibliotheken durch digitale Angebote und
- 1269 die Förderung von E-Learning
- 1270 • die Aufstockung des Medienetats und die Absicherung des Personals inklusive der
- 1271 Medienpädagogik.

1272 Mit dem Bildungszentrum Grünau werden Stadtteilbibliotheken und Bürgeramt zentralisiert. Wir  
 1273 setzen uns für eine auskömmliche finanzielle Untersetzung des Bildungszentrums ein, damit in  
 1274 Grünau ein Ort der Kultur und Bildung bestehen bleibt. In der Volkshochschule und der Musikschule  
 1275 müssen dringend die Honorare der Dozentinnen und Dozenten angepasst werden, um eine faire  
 1276 Bezahlung abzusichern. Bürokratische Hürden für einen Mehrverdienst freier Mitarbeiter müssen  
 1277 dabei reduziert werden. Außerdem sollen möglichst viele Honorarstellen in feste Stellen  
 1278 umgewandelt werden. Seit langem fordern wir ein Sportmuseum. In der kommenden Wahlperiode  
 1279 muss der Plan dazu endlich umgesetzt werden.

#### 1280 **6.4. Für eine sportliche Zukunft – von der Breite bis zur Spitze**

1281 Fast dreiviertel aller Leipzigerinnen und Leipziger sind sportlich aktiv, davon sind etwa  
 1282 hunderttausend als Mitglieder in Leipziger Sportvereinen organisiert. In der wachsenden Stadt  
 1283 steigen auch die Anforderungen an den organisierten und individuellen Sport. Deshalb stehen wir  
 1284 für die weitere Ertüchtigung der Sportinfrastruktur in Leipzig. Die dafür im Sportprogramm 2024  
 1285 und im Integrierten Stadtentwicklungskonzept „Leipzig 2030“ (INSEK) vorgesehenen Maßnahmen  
 1286 müssen finanziell untersetzt werden.

1287 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1288 • den Neubau einer wettkampfeigneten Sporthalle in Böhlitz-Ehrenberg
- 1289 • den Neubau von Sportplatzanlagen, insbesondere in den Stadtbezirken Ost, West, Nord und
- 1290 Süd
- 1291 • den Neubau mindestens einer Schwimmhalle, bevorzugt im Stadtbezirk Süd
- 1292 • die weitere Sanierung Leipziger Sportstätten (insbesondere der Radrennbahn, der Anlagen
- 1293 im Stadion des Friedens, im Alfred-Kunze-Sportpark, im Bruno-Plache-Stadion und auf der
- 1294 Sportanlage Teichstraße)
- 1295 • Neubau und Ertüchtigung von Sport- und Freizeitanlagen im öffentlichen Raum, so
- 1296 wohnortnahe Bolzplätze, Skateboard-, Boulder- und Bike-Anlagen sowie Trimm-dich-Pfade
- 1297 und Spielangebote
- 1298 • Maßnahmen, die eine längere Nutzung von Sportplatzanlagen ermöglichen wie
- 1299 Kunstrasenplätze und Beleuchtungsanlagen
- 1300 • die freizeitsportgemäße Ertüchtigung der Bodenbeläge sowie die Erweiterung der
- 1301 Radwegeverbindungen, einschließlich Lückenschließung
- 1302 • eine bessere personelle Begleitung der Sportvereine bei baulichen Investitionen durch die
- 1303 Verwaltung

- 1304 • eine angemessene und dem jeweiligen Bedarf angepasste Förderung der Pachtvereine zur  
 1305 Unterhaltung und Ertüchtigung der Sportflächen  
 1306 • mehr Hallen- und Platzwarte auf den Leipziger Sportanlagen durch Schaffung von  
 1307 30 festen Stellen.

1308 Zur Sportstadt Leipzig gehört ein leistungsfähiger Spitzensport. Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1309 • den Erhalt des Olympiastützpunktes in Leipzig  
 1310 • die Sicherung der Trainingsstätten für den Hochleistungssport, insbesondere den  
 1311 Schwimmsport

1312 Die Voraussetzungen für Spitzenleistungen im Hochleistungssport werden im Schul- und  
 1313 Breitensport geschaffen. Vom Kleinkindalter an ist Sport eine wichtige Basis für ein gesundes  
 1314 Leben.

1315 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1316 • die infrastrukturelle Gewährleistung und Absicherung des lehrplangerechten Schulsports  
 1317 • mehr Bewegungsangebote für Kleinkinder und Kinder in Kitas, Schulhorten und  
 1318 Sportvereinen  
 1319 • geförderte Kooperationen zwischen (Grund-)Schulen, Kitas und Sportvereinen  
 1320 • die Nutzung der Schulsportinfrastruktur durch den organisierten Sport und Öffnung für  
 1321 nichtorganisierten Freizeitsport  
 1322 • die Weiterentwicklung der Kooperationen zwischen den Leipziger Hochschuleinrichtungen  
 1323 und den Leipziger Sportvereinen.

1324 Sport verbindet. Er bietet Möglichkeiten und Chancen für Integration und ein faires Miteinander.

1325 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1326 • für ein besser gefördertes Ehrenamt in den Leipziger Sportvereinen u. a. angesichts der  
 1327 Herausforderungen von Integration und Inklusion  
 1328 • den Abbau von Barrieren, die den Zugang zum Leipziger Sport beispielsweise für  
 1329 Migrantinnen und Migranten sowie für Menschen mit Behinderungen erschweren.

## 1330 **6.5. Moderne und bürgernahe Verwaltung**

1331 Den Anforderungen einer wachsenden Stadt in einer zunehmend digitalisierten Welt muss sich auch  
 1332 die Leipziger Stadtverwaltung stellen. Die Entwicklung der Verwaltung muss dem realen Wachstum  
 1333 der Stadt entsprechen. Die Personalvorgaben des Freistaats, die diese Fakten nicht  
 1334 berücksichtigen, können dafür keine Grundlage sein. Ständige Mehrarbeit, Arbeitsverdichtung und  
 1335 Überlastung des Personals können nicht länger hingenommen werden. Denn zufriedene  
 1336 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nicht nur zufriedene Bürgerinnen und Bürger, sie sorgen auch  
 1337 für zufriedene Bürgerinnen und Bürger.

1338 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1339 • die solide Ermittlung des künftigen Personalbedarfs  
 1340 • ein modernes Personalentwicklungskonzept, das die Attraktivität der städtischen  
 1341 Arbeitsplätze erhöht  
 1342 • eine offensive Personalgewinnung in Bereichen, wo akuter Personalmangel herrscht



- 1343 • die nahtlose Wiederbesetzung freiwerdender Stellen
- 1344 • ein Nachfolgemanagement für Aufgaben mit besonderen Qualifikationen und
- 1345 Erfahrungswissen
- 1346 • die Nutzung moderner digitaler Technik nicht für die Streichung von Stellen, sondern als
- 1347 Chance für bessere Arbeitsbedingungen und hochwertige Dienstleistungen
- 1348 • eine moderne IT-Steuerung zur schnelleren, transparenteren und bürgerfreundlicheren
- 1349 Gestaltung von Verwaltungsvorgängen
- 1350 • einen städtischen Betriebskindergarten
- 1351 • die Stärkung des betrieblichen Gesundheitsmanagements
- 1352 • die Stärkung der kommunalen Ansprechpartner vor Ort, vor allem der Bürgerämter

1353 Die zunehmende Internationalität unserer Stadt stellt auch in der Verwaltung das Personal vor  
 1354 große Herausforderungen. Um diese zu meistern und um Migrantinnen und Migranten besser  
 1355 einzubeziehen, setzen wir uns ein für:

- 1356 • die wirksame Umsetzung der Maßnahmen zur Integration und Teilhabe von Migrantinnen
- 1357 und Migranten
- 1358 • einen höheren Anteil von Migrantinnen und Migranten in verantwortlichen Positionen der
- 1359 Stadtverwaltung
- 1360 • die gezielte Gewinnung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund für
- 1361 Ausbildungsberufe innerhalb der Stadtverwaltung
- 1362 • den Einsatz von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern im Gesundheitswesen, in Behörden,
- 1363 Ämtern und Bildungseinrichtungen
- 1364 • Fortbildungsmaßnahmen für Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter und
- 1365 Pädagoginnen und Pädagogen zum Erwerb interkultureller Kompetenz.

1366 \* \* \*

1367 Liebe Leipzigerinnen, liebe Leipziger,

1368 vielen Dank für Ihr Interesse am Kommunalwahlprogramm der LINKEN. Wie eingangs schon  
 1369 erwähnt, bilden diese Aussagen auch das Arbeitsprogramm der Fraktion DIE LINKE im neuen  
 1370 Stadtrat. Es ist inhaltlich anspruchsvoll und zugleich realistisch. Es zeigt klare Perspektiven für  
 1371 unsere Stadt in den nächsten fünf Jahren. Daher möchten wir mit Ihnen nicht nur in der  
 1372 vergleichsweise kurzen Wahlkampfzeit, sondern auch danach im Dialog bleiben, um Sie davon zu  
 1373 überzeugen:

1374 **DIE LINKE ist eine Partei für den Alltag, nicht nur für den Wahltag.**

# 1 Die Stadt gehört allen! - Wahlstrategie

## 2 Überlegungen zur Wahl- und Kommunikationsstrategie DIE LINKE. Leipzig für die 3 Kommunalwahlen am 26. Mai 2019<sup>1</sup>

4 Mit der Kommunalwahl 2019 werden in der Stadt Leipzig und für die Stadt Leipzig eine Reihe  
5 strategischer Weichen gestellt, die weit reichende Auswirkungen für die Entwicklung in den 2020er  
6 Jahren haben werden. Die Leipziger LINKE steht vor der Herausforderung, mit ihrem höchst  
7 anspruchsvollen, aber realistischen Ziel, 20 Prozent plus X zu erkämpfen und stärkste  
8 Stadtratsfraktion zu werden, eine in diesem Umfang bislang nicht gegebene Option der aktiven  
9 Gestaltung und kontinuierlichen Einflussnahme auf Richtungen und Inhalte der Kommunalpolitik zu  
10 erringen und ihre anerkannte Position als Partei der sozialen Gerechtigkeit nachvollziehbar  
11 auszubauen.

12 Die Leipziger LINKE wird deshalb noch stärker und aktiver als bisher eine politische Doppelrolle  
13 spielen - demokratische Errungenschaften vor einer rechtskonservativen gesellschaftlichen  
14 Entwicklung verteidigen und soziale Positionen konsequent fortschreiben.  
15 Im Mittelpunkt stehen die Interessen der arbeitenden Menschen, der durch neoliberalen Rigorismus  
16 Ausgegrenzten und sozial Benachteiligten, der jungen Leute, die sich gerade in der Findungsphase  
17 ihrer künftigen beruflichen und gesellschaftlichen Stellung befinden, der von Unsicherheiten  
18 bedrückten Älteren und Senioren ebenso wie der Migrantinnen und Migranten. Ihnen eine Stimme  
19 zu geben und sie gegen etwaige Angriffe zu verteidigen ist und bleibt ein herausragendes Anliegen  
20 aktiver, vor Ort erlebbarer linker Politik. Die Leipziger LINKE nimmt damit ihre Funktion als Partei  
21 der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Friedens in unserer Stadt wahr. Kümmerer zu sein für  
22 alle, die eine solche Hingabe benötigen, ist der Anspruch der LINKEN. Das schließt unsere aktive  
23 Unterstützung der Arbeitskämpfe in unserer Stadt (u.a. Amazon, Halberg Guss, Siemens, St. Georg)  
24 ein.

### 25 Zu den politischen Rahmenbedingungen:

26 Die Leipziger LINKE plädiert dafür, das Idealbild der wachsenden Stadt mit Augenmaß und  
27 keineswegs inflationär zu verwenden. Ob es im interkommunalen Wettbewerb der deutschen  
28 Großstädte gelingen kann, über einen Zeitraum von 15 Jahren hinweg die Position der am  
29 schnellsten wachsenden Stadt zu verteidigen, muss stark bezweifelt werden. Die gesunkenen Werte  
30 des Wachstums der Leipziger Stadtbevölkerung in 2018 sollten Hinweis genug sein. Deshalb setzt  
31 sich DIE LINKE energisch dafür ein, mit den vorhandenen und den zu erwartenden Ressourcen  
32 keine Luftschlösser zu bauen, sondern die öffentlichen Investitionen dafür zu verwenden, die  
33 Angebotsqualität vorrangig in Kitas, Schulen, in der Altenpflege und beim Zustand der Straßen,  
34 Brücken und des ÖPNV zu sichern und auszubauen. Nur eine Steigerung der Lebensqualität auf  
35 diesen Gebieten in Kombination mit fairen, auskömmlichen Löhnen und Renten sichert ein  
36 nachhaltiges Bevölkerungswachstum und eine stabile Stadtentwicklung, die zu den vorrangigen  
37 kommunalpolitischen Prioritäten der LINKEN zählt.

38 Die soziale Spaltung der Leipziger Stadtgesellschaft hat sich in den letzten Jahren deutlich vertieft.  
39 Diese bedenkliche, von konservativer Seite kaltherzig, ungerührt und stillschweigend

<sup>1</sup> Die Überlegungen wurden gemeinsam von Maximilian Becker, Adam Bednarsky, Angela Fuchs, Kay Kamieth, Volker Külöw, William Rambow, Alexander Schmidt und Lukas Sturm entwickelt. Das Papier versteht sich als Denkanstoß für die weitere Ausarbeitung der Wahl- und Kommunikationsstrategie für die Kommunalwahlen am 26. Mai 2019. Es soll auf dem Stadtparteitag am 17. November 2018 diskutiert werden und als inhaltliche Orientierung für den Wahlstab, der im Dezember 2018 vom Stadtvorstand berufen wird, dienen.

40 hingenommene Entwicklung hat viele Leipzigerinnen und Leipziger in ein soziales Abseits geführt  
 41 und zum Anwachsen von hilfloser Orientierungslosigkeit und Resignation, aber auch von Wut und  
 42 Aggression beigetragen. Die Wahlkampfzeit bietet die Möglichkeit, in einem Umfeld gesteigerter  
 43 gesellschaftlicher Aktivitäten die deutlich gewachsene Gruppe der Unentschlossenen und  
 44 Wankelmütigen mit überzeugenden Argumenten zu erreichen und an linken Positionen zu  
 45 interessieren. Die Leipziger LINKE führt diesen Teil ihrer Arbeit nicht als Kampagne, sondern als  
 46 langfristig angelegte Strategie des Werbens und Einbeziehens von Interessenten und Interessenten  
 47 sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten.

48 Spätestens seit der Bundestagswahl 2017 und dem Aufstieg der AfD geht es bei jeder Wahl auch  
 49 um die Verteidigung der humanistischen und freiheitlichen Werte des Grundgesetzes. Die  
 50 bedrohliche gesamtgesellschaftliche Rechtsentwicklung macht auch um Leipzig keinen Bogen, wie  
 51 das Bundestagswahlergebnis 2017 zeigt. Die konservativen Kräfte um die CDU wittern bereits  
 52 Morgenluft und träumen im Herbst 2018 öffentlich davon, im nächsten Jahr „die rot-rot-grüne  
 53 Mehrheit im Rat zu beenden“. Das gilt es mit aller Kraft zu verhindern und dazu beizutragen, dass  
 54 eine Mitte-Links-Mehrheit im Stadtrat verteidigt wird. Das gelingt nur, wenn die Leipziger LINKE mit  
 55 ihren mehr als 1.400 Mitgliedern und über 100 Kandidierenden trotz unterschiedlicher Strömungen  
 56 und innerparteilicher Konfliktlinien geschlossen auftritt und wir möglichst viele Mitglieder frühzeitig  
 57 für den Wahlkampf aktivieren. Mitte Oktober begann deshalb die Kampagne „Jetzt!“, um  
 58 Genossinnen und Genossen sowie Sympathisierende für die Wahlkämpfe zu mobilisieren. Unter  
 59 [www.anmeldung.links-leipzig.de](http://www.anmeldung.links-leipzig.de) können sich Interessierte anmelden, die Kampagne startete mit  
 60 einem Video (<http://gleft.de/2w0>). Weitere Schritte müssen folgen, um auch jenseits der Partei  
 61 eine möglichst breite Basis an Unterstützerinnen und Unterstützern für den Wahlkampf zu  
 62 gewinnen.

63 Ganz wichtig ist es zugleich, die programmatischen Gemeinsamkeiten im Stadtverband in den  
 64 Vordergrund zu stellen. Wir sind die Partei:

- 65 - der sozialen Gerechtigkeit und des starken Sozialstaates
- 66 - des Friedens und des Antifaschismus
- 67 - des öffentlichen Eigentums
- 68 - der demokratischen Teilhabe
- 69 - der Emanzipation und des Feminismus
- 70 - des gesellschaftlichen Fortschritts
- 71 - der „kleinen Leute“, speziell der prekär lebenden Menschen und
- 72 - der Solidarität mit Geflüchteten.

### 73 **Zur Wahl- und Kommunikationsstrategie:**

74 Zu den thematischen Schwerpunkten des Kommunalwahlprogramms und der Wahlkampfführung  
 75 hatte sich der Stadtvorstand auf seiner gemeinsamen Klausur mit den Stadtbezirksvorsitzenden  
 76 Anfang des Jahres verständigt: (gute) Arbeit/soziale Gerechtigkeit, Bildung, Kultur, Mobilität,  
 77 öffentliche Sicherheit/Ordnung, Stadtentwicklung und Wohnen. Die Redaktionsgruppe bezog sich  
 78 in ihrer Arbeit auch darauf und mit dem nunmehr vorliegenden Entwurf des  
 79 Kommunalwahlprogramms, das eine Präambel und sechs Hauptkapitel umfasst, hat die Leipziger  
 80 LINKE ein solides inhaltliches Fundament für ein offensives Agieren im Jahr 2019. Mit der

81 Überschrift des Wahlprogramms „Die Stadt gehört allen!“ wollen wir an den erfolgreichen  
 82 Wahlkampf der Berliner Linkspartei im Jahr 2016 anknüpfen, der unter dem Motto „... und die Stadt  
 83 gehört Euch!“ stand. Es geht vor allem darum, dass die gravierenden Veränderungen in der  
 84 wachsenden Stadt („Hypezig“) keineswegs nur Gewinner hat und sich längst nicht für alle  
 85 Leipzigerinnen und Leipziger positiv auswirken. Ganz im Gegenteil: von prekärer Beschäftigung sind  
 86 ein Drittel der Lohnabhängigen betroffen und steigende Mieten und zunehmende Gentrifizierung  
 87 wirken sich auf immer mehr Menschen nachteilig auf.

#### 88 **Was unsere Kampagne erreichen soll:**

- 89 a) konsequent linke Haltung in den zentralen Fragen der politischen Auseinandersetzungen um  
 90 die Entwicklungen in der Stadt zu bewahren und die eigenen (besseren) Lösungsvorschläge  
 91 zu vermitteln
- 92 b) ein breites Spektrum von Zielgruppen ansprechen und dabei vor allem Stammwählerinnen  
 93 und Stammwähler bzw. Menschen, die uns schon mal gewählt haben, mobilisieren (bei der  
 94 Bundestagswahl 2017 wählten uns mit ihrer Erststimme immerhin 75.080 Leipzigerinnen  
 95 und Leipziger)
- 96 c) offensiv diejenigen Bürgerinnen und Bürger erreichen, die sich aus Überzeugung für sozialen  
 97 Zusammenhalt, Gerechtigkeit und Weltoffenheit einsetzen
- 98 d) unentschlossene Wählerinnen und Wähler vom eigenen politischen Angebot zu überzeugen
- 99 e) speziell Menschen erreichen, die sich bisher nur sporadisch oder gar nicht an Wahlen  
 100 beteiligt haben, die aber angesichts der gefährlichen Rechtsentwicklung in Sachsen, in der  
 101 BRD und in Europa in großer Sorgen sind und auch bei den Europa- und Kommunalwahlen  
 102 etwas dagegen tun wollen
- 103 f) bei Unzufriedenen, Frustrierten usw. den Eindruck stärken, dass die Leipziger LINKE keine  
 104 Partei des Mainstreams ist.

105 Thematisch rankt sich unser Wahlkampf um die zentralen Aspekte der sozialen Frage. Alle  
 106 Umfragen belegen, dass die Zusprechung linker Kernkompetenz im sozialen Bereich liegt. Mit dieser  
 107 Schwerpunktsetzung verbindet sich für uns Glaubwürdigkeit, Erkennbarkeit (Alleinstellung) und  
 108 höchste gesellschaftliche Akzeptanz. Wir werden deshalb alle Themen unter der sozialpolitischen  
 109 Perspektive kommunizieren. Dabei geht es einerseits um eine ausdifferenzierte und zugleich  
 110 konkrete Untersetzung unter dem Dach einer einheitlichen Wahlkampagne – dabei orientieren wir  
 111 uns wie oben schon erwähnt an der Wahlkampagne der LINKEN in Berlin 2016.

112 Unser Wahlkampf ist weder ein selbstzufriedener „Erfolgs-Wahlkampf“ noch ein defensiver  
 113 Angstwahlkampf vor einer möglichen konservativen Mehrheit, wenngleich die damit verbundenen  
 114 Gefahren (Roll-back vieler Errungenschaften wäre in diesem Fall ab 2019ff. möglich!) deutlich  
 115 aufgezeigt werden müssen.

116 Entsprechend der sechs Hauptkapitel im Kommunalwahlprogramm sollen sechs Kernbotschaften zu  
 117 den sechs Schwerpunktthemen Arbeit und Wirtschaft, Soziales, Nachhaltigkeit, Wohnen, Mobilität  
 118 und aktive Bürgerstadt erarbeitet und im Wahlkampf ab April 2019 kommuniziert werden.

119 Diese Themen sollten in den verschiedenen Wahlkreisen entsprechend der jeweiligen Milieuspezifik  
 120 unterschiedlich gewichtet bzw. kommuniziert werden. Dabei können wir an unsere gründlichen  
 121 Wahlauswertungen der Jahre 2014 und 2017, aber auch an die jüngsten Untersuchungen des

122 Soziologen Prof. Dr. Gunnar Otte zum Lebensstil-Modell inklusive seiner Ausprägung in Leipzig  
 123 anknüpfen. Die Leipziger Stadtverwaltung hat das Modell des Ex-Messestädtlers aufgegriffen und  
 124 innerhalb der aktuellsten Bürgerumfrage zur Auswertung genutzt. Die Ergebnisse bieten dabei nicht  
 125 nur einen detaillierten Einblick in die allgemeine Sozio-Struktur der Stadt, sondern auch in die eines  
 126 jeden Ortsteils. Diese Ende September veröffentlichte Datensammlung  
 127 ([http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Leipziger-Lebensstile-Hedonistischer-Sueden-und-](http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Leipziger-Lebensstile-Hedonistischer-Sueden-und-proletarischer-Norden)  
 128 [proletarischer-Norden](http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Leipziger-Lebensstile-Hedonistischer-Sueden-und-proletarischer-Norden)) sollte von allen Stadtbezirksverbänden genutzt werden.

#### 129 **Werbemittel (Größenordnung ist budgetabhängig):**

- 130 - Langwahlprogramm als Broschüre
- 131 - Kurzwahlprogramm
- 132 - 10 lokale Stadtbezirks- bzw. Wahlkreisprogramme mit Vorstellung der Kandidierenden
- 133 - Materialien für die Ortschaftsratswahlen
- 134 - Wahlzeitung
- 135 - Gemeinsame Personenplakate der Spitzenkandidierenden (optional, Entscheidung durch  
 136 Stadtbezirksvorstände bzw. -verbände)
- 137 - Themenplakate (sechs Themen)
- 138 - Mobile Großflächen (optional)
- 139 - Print-Anzeigen (optional)
- 140 - Social Media: Facebook, Twitter, Instagram, WhatsApp usw.
- 141 - Online: Website, Spendensite, Newsletter usw.
- 142 - Elektronische Medien: TV-Spot (optional)

#### 143 **Zeitleiste Kommunalwahlen 2019**

- 144 17. November 2018: Stadtparteitag
- 145 11. Dezember 2018: Berufung Wahlstab durch Stadtvorstand
- 146 25. Januar 2019: Politischer Jahresauftakt mit Katja Kipping und Caren Lay
- 147 2. Februar 2019: Beschlussfassung Kommunalwahlprogramm
- 148 2. März 2019: Nominierung der KandidatInnen auf Besonderer VertreterInnenversammlung
- 149 12. April 2019: Wahlkampfauftakt
- 150 1. Mai 2019: Kampf- und Feiertag
- 151 26. Mai 2019: Wahl

## **Finanzplan 2019**

Der Finanzplan der Leipziger LINKEN wird nicht im Internet veröffentlicht und ist deshalb nur in den Parteitageunterlagen, welche die Delegierten ausgedruckt bekommen, enthalten. Zur Einsicht in den Finanzplan können interessierte GenossInnen gern in unserer Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus, Braustraße 15, vorbeikommen.

## Anträge

### A. 1. Jahresauftakt 2019

**Antragssteller:** Vorstand DIE LINKE. Leipzig

**Antrag:**

Die Einreicher\*innen beantragen die Finanzierung eines politischen Jahresauftakts 2019 der LINKEN.

**Begründung:**

Das Jahr 2019 wird für DIE LINKE in Leipzig ein besonderes Jahr. Neben den Kommunal- und Europawahlen im Mai stehen im September Landtagswahlen an. Aktuellen Umfragen zu Folge kann eine blau-schwarze Mehrheit in Sachsen nicht ausgeschlossen werden und in Leipzig müssen alle Kräfte aufgewendet werden, um die Rot-Rot-Grüne Stadtratsmehrheit zu verteidigen.

Umso wichtiger ist es, dass DIE LINKE in Leipzig geschlossen und entschlossen ins Wahljahr 2019 startet. Nur, wenn wir zusammen an einem Strang ziehen, wird es uns gelingen, das Jahr 2019 erfolgreich zu gestalten.

Daher wollen wir am 25.01. bei einem politischen Jahresauftakt gemeinsam in das Wahljahr 2019 starten. Der Abend soll die Möglichkeit zum weiteren Kennenlernen und Vernetzen bieten.

Insbesondere die zahlreichen Neumitglieder sollen an dem Abend Gelegenheit haben, die Partei und ihre Aktiven zu erleben. Am späteren Abend soll gemeinsam ins Wahljahr 2019 getanzt werden.

Uns ist es gelungen, für den politischen Jahresauftakt zwei hochkarätige Politikerinnen unserer Partei zu gewinnen: unsere Parteivorsitzende Katja Kipping sowie die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion Caren Lay. Katja wird über die allgemeine Entwicklung unserer Partei sowie die kommenden Aufgaben für DIE LINKE sprechen. Caren wird mit einem Kurzinput über das Thema Miete als soziale Frage unserer Zeit das Wahljahr 2019 inhaltlich einläuten.

Gleichzeitig freuen wir uns, dass neben allen Leipziger LINKE-Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie den dann frisch gewählten Landtagswahl-DirektkandidatInnen, StadträtInnen, StadtbezirksbeirätInnen, OrtschaftsrätInnen, BürgermeisterInnen und weitere lokale und überregionale MandatsträgerInnen zu Gesprächen zur Verfügung stehen könnten.

(Aktuell geplanter) Ablauf:

20.00 Uhr Begrüßung durch den Stadtvorsitzenden Adam Bednarsky

20.10 Uhr Gesprächsrunde mit Katja Kipping und Caren Lay  
mit: 15 Minuten Input Katja  
10 Minuten Input Caren  
anschließend: offene Diskussion

21:40 Uhr musikalischer Ausklang des Arbeiter\*innenchors  
Gemeinsames Anstoßen auf ein erfolgreiches Wahljahr

22:00 Uhr Tanz

Posten	Kosten
Miete Felsenkeller, kleiner Saal	600,00 €
Grundstock Getränke für 300 Personen	1.200,00 €
DJ	200,00 €
<b>Gesamtkosten</b>	<b>2.000 €</b>

Zur Refinanzierung der Veranstaltung sollen aktiv MandatsträgerInnen unserer Partei zur Spende ermutigt werden, so dass sich die angezeigten Kosten für den Stadtverband Leipzig minimieren.

### Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Anmerkungen:

## A. 2. Planungsauftrag für das Liebknecht-Haus im Jahr 2019

**Antragssteller:** Vorstand DIE LINKE. Leipzig

### Antrag:

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Der Stadtvorstand beauftragt für das Kalenderjahr 2019 eine Planung für das Liebknecht-Haus (Braustraße 15). Gegenstand der Planung ist die Prüfung der Realisierbarkeit eines Neubaus im Hinterhof des Liebknecht-Hauses und die Prüfung einer Erstellung einer Aufzugsanlage inklusive der baulichen Veränderungen im Vorderhaus. Für diese Planung werden 15.000 Euro im Haushaltsjahr 2019 eingeplant. Dieser Haushaltsposten war in den letzten Jahren in den Haushaltsplanungen in ähnlicher Höhe unter dem Punkt „Rekonstruktion Liebknecht-Haus“ ausgewiesen, wurde aber bislang nicht verbraucht.

### Begründung:

Die Leipziger LINKE verfügt mit dem Liebknecht-Haus seit zwei Jahrzehnten über ein traditionsreiches, lebendiges und überregional bekanntes Domizil. Neben den diversen Abgeordnetenbüros und der Fraktionsgeschäftsstelle im Neuen Rathaus sind wir damit an einem linken Standort in zentraler Lage präsent, der erfreulicherweise auch komplett vermietet ist.

Auf Initiative von Dr. Dietmar Pellmann pachtete DIE LINKE. Leipzig zunächst 1998 das Gebäude in der Braustraße 15. Im Jahr 2007 erfolgte dann der Kauf des Geburtshauses von Karl Liebknecht – ein kühner Schritt in bewegten Zeiten. Dank des großen Engagements hunderter Parteimitglieder konnten die Gesamtkosten für Grundstückserwerb, Sanierung und Ausbau in Höhe von 496.031,72 Euro aus eigener Kraft erbracht werden.

Derzeit wird das Haus schrittweise weiter ertüchtigt. Es ist nunmehr Zeit für den nächsten Schritt: Eine moderne sozialistische Partei braucht für die erfolgreiche Bewältigung der künftigen Herausforderungen die notwendige Infrastruktur. Besonders der behindertengerechte Zugang und



ein multifunktionaler Veranstaltungsraum gehören dazu. Der Anbau einer Aufzug-Anlage könnte hier Abhilfe schaffen. Wir wollen aber nicht zu kurz springen. Im Rahmen der Planung eines Aufzuges entstand die Idee, das Vorderhaus durch einem barrierefreien Anbau im hinteren Teil des Grundstücks zu ergänzen, in dem im Erdgeschoss ein entsprechender Veranstaltungsraum (80 Plätze) untergebracht ist. Dieser wäre barrierefrei erreichbar. Im ersten und zweiten Geschoss könnten Gewerberäume errichtet und vermietet werden.

Unser Stadtverband wächst hoffentlich nachhaltig und wir wollen ihn organisatorisch und inhaltlich weiter zukunftsfest gestalten. Auch infrastrukturell sollte die Leipziger LINKE wachsen: nutzen wir die Möglichkeiten, über die wir verfügen.

### **Entscheidung des Parteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Anmerkungen:

## **A. 3. Workshop-Formate gegen rechte Parolen**

**Antragssteller:** Steffen Rohkohl, AG Zukunft

### **Antrag:**

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen, dass der Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Leipzig den Genossinnen und Genossen des Stadtverbandes für die 2019 anstehenden Wahlkämpfe Workshop-Formate anbietet, in denen:

1. Die Genossinnen und Genossen des Stadtverbandes darauf vorbereitet werden, rechten Parolen im Alltag schlagfertig zu begegnen.
2. Die StadtratskandidatInnen gemeinsam Strategien für einen Umgang mit der AfD im Leipziger Stadtrat entwickeln.

### **Begründung:**

In Gesprächen im Wahlkampf, an Infoständen, beim Verteilen von Flyern, Hängen von Plakaten, in der Schule, im Betrieb oder beim Familiengeburtstag sind wir gefordert, die Lügen von Rechtspopulisten bzw. ihr falsches Spiel mit Hass und Feindbildern zu enttarnen und an den Pranger zu stellen.

Wenn wir tatsächlich mehr sind, reicht es nicht aus, dies bei Großveranstaltungen – wie einem Konzert in Chemnitz – zu propagieren. Wir sollten dies täglich im Alltag zeigen. Das wortlose Hinnehmen von rechten, rassistischen Aussagen wird häufig als stillschweigende Zustimmung gewertet und animiert zu deren weiteren Verbreitung.

Doch wie reagiert man in unterschiedlichen Situationen am besten auf solche Parolen? Welche Strategien und Handlungsmöglichkeiten gibt es? Was sind häufige rassistische Argumentationsmuster und deren Funktionsweise? Wie überwinde ich die erste Schrecksekunde? Geeignete Workshop-Formate können helfen, diese und weitere Fragen für sich persönlich zu

beantworten. Je mehr Genossinnen und Genossen des Stadtverbandes sich gegenüber rechten Parolen gut gewappnet fühlen, desto stärker wird DIE LINKE. Leipzig in den 2019 anstehenden Wahlkämpfen öffentlich auftreten können.

#### **Entscheidung des Parteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Anmerkungen:

### **A. 4. Verhältnis von DIE LINKE. Leipzig zur linken Sammlungsbewegung „Aufstehen“**

**Antragssteller:** Norbert Fleischer, Thomas Kachel, Dr. Volker Külow, Marianne Küng-Vildebrand, Dr. Helga Lemme, Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Siegmund Mai, Franziska Riekewald, Johannes Schmidt und Dr. Hans-Joachim Wienhold

#### **Antrag:**

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Im Erfurter Programm von 2011 heißt es im Abschnitt 5 unter „Breite linke Bündnisse“ (S.73): „Wir ringen ... um ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Neoliberalismus und Kapitalherrschaft und für eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik zur solidarischen Umgestaltung der Gesellschaft. [...] Wir wollen ein Bündnis von Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftskritischen Initiativen, sozialen Bewegungen, progressiven Menschen aus Wissenschaft und Kultur und der parteipolitischen Linken entwickeln.“ Entsprechend dieser programmatischen Kernaussage verhält sich der Stadtverband DIE LINKE. Leipzig aufgeschlossen gegenüber der linken Sammlungsbewegung „Aufstehen“ in Leipzig. Er wird versuchen sich, wo organisatorisch möglich, an Aktionen von „Aufstehen Leipzig“ zu beteiligen, die vom Grundsatzprogramm der LINKEN abgedeckt sind. Er leistet auf Antrag - ähnlich wie gegenüber anderen politischen Gruppierungen in Leipzig - im Rahmen seiner Möglichkeiten materielle Unterstützung.

#### **Begründung:**

Entgegen andersartigen Verlautbarungen, handelt es sich bei der Sammlungsbewegung „Aufstehen“ nicht um ein Projekt einzelner Personen. Mittlerweile beteiligen sich weit über 150.000 Menschen bundesweit (darunter über 1.000 aus Leipzig) an dem außerparlamentarischen und überparteilichen Projekt, Tendenz steigend. Die Gründung und ersten Aktivitäten von „Aufstehen Leipzig“ haben gezeigt, dass „Aufstehen“ auch zahlreiche Personen erreicht, die zwar klar friedens- und sozialpolitisch verortet sind, sich von der LINKEN aber nicht (mehr) angesprochen oder vertreten fühlen. „Aufstehen“ möchte zudem den sozialen Protest weg von rechten Kräften wieder zurück ins demokratische Spektrum holen.

Mit einer aufgeschlossenen Haltung gegenüber „Aufstehen“ kann DIE LINKE. Leipzig sich als

glaubwürdige Kraft für sozialen Aufbruch und Frieden zeigen und ihr Ansehen unter den "Aufstehenden" verbessern. Die Alters- und Sozialstruktur von „Aufstehen Leipzig“ besteht darüber hinaus in überproportionalem Maße aus 30 bis 60jährigen Berufstätigen. Diese Gruppe ist in der Mitgliederstruktur der Leipziger LINKEN unterrepräsentiert. Eine konstruktive Zusammenarbeit wird unsere Partei unter Mitgliedern von „Aufstehen“ interessanter machen und uns damit politisch stärken.

#### **Entscheidung des Parteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Anmerkungen:

---

## **A. 5. Protest gegen Blockade**

**Antragsstellerinnen:** AG Cuba Sí, Regionalgruppe Leipzig

#### **Antrag:**

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Die Protestaktion von AG Cuba Sí unter dem Titel „Blockade gegen Kuba sofort beenden“.

#### **Begründung:**

Die Partei DIE LINKE versteht sich als eine internationalistische Friedenspartei und setzt sich deshalb für Gewaltfreiheit sowohl innerhalb eines Staates als auch zwischen Staaten ein. Demzufolge engagiert sie sich gegen Krieg, Völkerrechtsbruch und Menschenrechtsverletzung. Die Blockade der USA gegen Kuba seit 1959 ist eine Form des Völkerrechtsbruchs und Menschenrechtsverletzung, der längste Völkermord und Eroberungskrieg in der Geschichte der Menschheit. Als Partei für eine friedliche und solidarische Politik setzt sich die Partei *DIE LINKE* unter anderem ein für die Anerkennung und das Recht auf Selbstbestimmung eines jeden Volkes, für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit, für die solidarische Hilfe im Kampf zur Überwindung von Armut, Diskriminierung, Unterentwicklung und Umweltzerstörung. Die Blockadepolitik der USA beeinträchtigt katastrophal die gedeihliche Entwicklung des kubanischen Volkes, die internationale Zusammenarbeit mit Kuba, die Erhaltung und den Schutz der Natur in und um Kuba. Die Partei DIE LINKE reiht sich in den internationalen Kampf der fortschrittlichen Kräfte in der Welt zur sofortigen Beendigung der Blockade der USA gegen Kuba ein.

Vor diesem Hintergrund protestieren die Genossen/-innen des Stadtverbandes *DIE LINKE* Leipzig gegen die Blockade gegen Kuba und fordern „BLOCKADE GEGEN KUBA SOFORT BEENDEN!“

#### **Entscheidung des Parteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Anmerkungen:

**Materialienheft zur 2. Tagung des 6. Stadtparteitages  
von DIE LINKE. Leipzig am 17. November 2018**

**Impressum**

Herausgeberin: DIE LINKE. Leipzig  
Liebknecht-Haus  
Braustraße 15  
04107 Leipzig

Satz: Kay Kamieth  
Redaktionsschluss: 22.10.2018